

Abgabepreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6793, nachts 6797.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Für Deutschland
monatlich 5K 600.—, für
Deutschland 11. 40.—.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 29. Juli 1922.

Nr. 176.

Die Bötta auf Reisen.

Die Bötta läßt ihr überbelebendes Gewerbe nunmehr auch — wie sich die Gewerbeordnung über den Hausherhandel ausdrückt — im Umherziehen aus. Fast alle ihre Mitglieder sind in Karlsbad gelandet, zum Teil, um dort die wohlthuende Wirkung des Karlsbader Sprudels zu erproben, zum andern Teil, um über die Sorgen, die sie wegen der Herbstsession drücken, Meinungsaustausch zu pflegen. Aller Voraussicht nach wird wohl der erstere Absicht besserer Erfolg beschieden sein, als der letztere, denn auf die Bannung der wachsenden Schwierigkeiten im Innern des Staates wollen feinerlei heilsame Wässer ihre Wirkung ausüben. Zu allen übrigen Beschwerden kommt die Sorge um die Erneuerung des Kabinetts, die nun schon seit reichlich sieben Monaten von einem Geleise auf das andere verschoben wird, ohne daß noch die Möglichkeit einer Flottnachung des Regierungswagens zu sehen wäre.

Seit Weischnachten ist Herr Dr. Beneš seiner Ministerpräsidentenschaft müde, aber er darf nicht gehen, weil sich weit und breit niemand finden will, sich auf seinen Sorgenstuhl zu setzen. Er ist der Gefangene der Bötta und kann nicht fort, so sehr er auch möchte und so sehr ihn die Sehnsucht lockt, sich auf das Ministerium für Neuhäuser zurückzuziehen. Und man kann schon Herrn Dr. Beneš nachfühlen, daß ihm die Rolle, die er als Ministerpräsident wider Willen spielt, nicht gerade Freude bereitet. Mit dieser Rolle ist nämlich eine andere verbunden, die ihm, der gerade an keinem Mangel an Ehre leidet, wenig ehrenvoll erscheinen muß: die Rolle, Statist der Bötta zu sein. Vor dem Parlamente muß er auf Grund dieser Rolle die Verantwortung tragen, muß alle Schläge ernten, — die politischen Wettermacher in der Bötta, ohne deren Willen kein Blatt vom Baume fällt, lachen sich indessen ins Häufchen.

Von allen Ministerpräsidenten der Welt war noch kaum je einem anderen eine ähnliche Rolle zugebracht, als sie die Bötta-Demokratie Herrn Dr. Beneš beschert. Kaum eine der Koalitionsparteien ist durch ihre wirklich einflussreichen oder gar führenden Männer in der Regierung vertreten, die imstande wären, ihre Parteien zur Vollziehung der Beschlüsse der Regierung zu verhalten. Wie soll Dr. Beneš mit solchen Ministern, die keinen Einfluß besitzen und für die niemand die Verantwortung tragen will, regieren? Maßgebend ist nur, worauf die Herren im Fünferauschuß sich einigen, — das Ministerium darf nur der Vollstrecker des Willens seiner Drahtzieher sein. Der Ministerpräsident muß immer darauf gefaßt sein, daß ihm bei seinen eigenen Initiativanträgen die Mehrheit im Parlamente unter den Händen zerfließt, wie es ihm zuletzt bei der Kriegsanleihefrage wiederfuhr. In jedem anderen Parlamente würde ein solches, von den eigenen Parteien erteiltes Mißtrauensvotum jede Regierung glatt hinwegfegen; die tschechoslowakische Demokratie dagegen weiß sich auch damit abzufinden und das Ministerium darf, als ob nichts geschähe wäre, weiter im Amte bleiben.

Es darf nicht bloß, es muß sogar, so sehr es auch die Rolle des Prügelnabens hat haben mag. Da kann man es schon verstehen, daß sich Dr. Beneš wegdrängt und jenen die Verantwortung aufzuladen sucht, welche unter dem Vorwande, die Regie der parlamentarischen Technik zu führen, die Fäden der Regierungspolitik in Händen halten.

Über eben damit hepert es. Die Ehren der Ministerpräsidentenschaft erscheinen den unterschiedlichen Präzendenten nicht halb so groß, als die Schwierigkeiten, die sich ihnen ganz besonders für die Herbstsession des Parlamentes aufstun. Weder Svehla noch auch Luszar verspüren die Verlockung, ihre Person dem schwankenden Regierungsschifflein anzuvertrauen, von Wechsels gar nicht zu reden, der zu den umstrittensten politischen Personen gehört und der, da er seine eigene Partei glücklich in den Sumpf geführt hat, trotz der ihm eigenen machiavellistischen Kunst nicht gerade in dem Auge steht, eine glückliche Hand zu haben. Und da die Herbsttagung wohl noch we-

Ein Vermittlungsversuch Eberts.

Der Reichspräsident schlägt eine Verständigung vor. — Differenzen unter den bayerischen Monarchisten.

Berlin, 28. Juli. (Wolff.) Der Reichspräsident sagt in dem heute dem bayerischen Ministerpräsidenten überreichten Schreiben, daß die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik ihn mit ernstester Sorge erfülle und ihn zu der Mittlung zwingt, daß die von der bayerischen Regierung zu diesem Gesetze erlassene Verordnung im Widerspruche zur Reichsverfassung stehe und ihm daher die Pflicht erzwinge, gemäß Art. 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayerischen Verordnung hinzuwirken, doch werde sich der Reichspräsident zu diesem Schritte erst dann entschließen, wenn die letzten Mittel zu einer Verständigung erschöpft sind. Er bitte daher den Ministerpräsidenten, noch einmal in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich erscheine, diesen Schritt zu ersparen. Die Befürchtung, daß mit diesem Gesetze eine systematische Beseitigung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet werde, sei durchaus irrig. Die nur für einen gewissen Zeitraum geltenden Bedingungen des Gesetzes sollen in ihrem Vollzuge in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der, in der Verfassung begründet, die Stärke des Reiches darstelle und dessen Wahrung sich der Reichspräsident zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Die bayerischen Rebellen uneinig. — Gegen die „Berliner Blutegele.“

München, 28. Juli. Die Presse äußert fast ohne Ausnahme die Meinung, daß man die Frage der bayerischen Ausnahmeverordnung nicht zu einer juristischen Frage werden lassen dürfe. Es handle sich um eine hochpolitische Angelegenheit. Der Brief des Reichspräsidenten Ebert, der den Weg zu einem Kompromisse ebnet, hat bereits Differenzen in die Front der bayerischen Fronde gebracht. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld will nach seinen letzten Äußerungen gerne den Weg eines Kompromisses mit dem Reichspräsidenten beschreiten, doch ist er hierbei durch den rechten Flügel seiner Partei und die Deutschnationalen gehemmt. Die Organe dieser Parteien erklären heute noch, daß eine richterliche Entscheidung über die bayerische Ausnahmeverordnung unmöglich sei. Die Reichsregierung müsse sich mit der Haltung Bayerns abfinden. Die

niger eine Idylle sein dürfte, als die früheren Tagungen, so ist jeder der Anwärter umso weniger geneigt, die vorausschicklich kommenden Stürme mit seiner Person aufzufangen.

Bis nun wußten sich die Regierungsparteien dadurch zu helfen und die ärgsten Konflikte in ihren Reihen zu vermeiden, daß sie alle wichtigeren und umstrittenen Angelegenheiten, die im Parlamente seit langem der Lösung harren, hinausgeschoben. Die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes wurde dadurch vorgezogen, daß sich die Bötta, oft nach monatelangem Feilschen, auf ein Arbeitsprogramm einigte, das meist ausgefachte Vorlagen aufwies, welche die Gegensätze in der Koalition weniger aufzuwählen geeignet waren, während die Lösung der strittigen Probleme immer aufs neue vertagt wurde. Nur das ängstliche Ausweichen vor den heftigeren Fragen konnte das Arienhaus der Koalition vor dem Einsturz bewahren.

Dauernd kann aber auch die Koalition diesen Fragen nicht aus dem Wege gehen. Die Agrarier drängen auf die Einführung von Beiratsdeputierten, die tschechischen Sozialdemokraten auf die endliche Reform der Sozialversicherung, denn ohne das Zustandekommen wenigstens dieser Reform, so empfinden sie, wäre ihnen bei Neuwahlen der letzte Vorwand zur Rechtfertigung ihrer Koalitionspolitik genommen. Brennend scheint weiters die Lösung der Frage der Regelung der Beamtengehälter. Jede dieser Fragen ist allein schon geeignet, die allnationale Koalition zum Aufliegen zu bringen. Dazu

Deutschnationalen warnen den bayerischen Ministerpräsidenten, einer persönlichen Begegnung mit dem Reichspräsidenten zuzustimmen, Graf Lerchenfeld müsse in München bleiben, damit der Widerstand gegen die Reichshoheitsgesetze nicht zerstückelt werde. Um die Haltung der bayerischen Regierung gegen Berlin zu versteifen, haben die Führer der ehemaligen bayerischen Einwohnerwehren Briefe an die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr und der Reichspolizei gelangen lassen, in denen das bayerische Volk aufgefordert wird, sich gegen die Berliner Blutegele zur Wehr zu setzen. In einer Versammlung von oberbayerischen Bauern wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß diejenigen vor ein bayerisches Volksgericht gehören, welche die bayerische Verfassung zugunsten der „Berliner Volksherrschaft“ ändern wollen.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld kann sich, wenn er den Weg des Kompromisses betritt, auf die gewichtigen Argumente der nordbayerischen Industriellen berufen. Unterstützt wird er auch durch die christlichen Gewerkschaften, die in einer öffentlichen Erklärung betonen, daß sie nicht gewillt seien, es zum Äußersten, dem Bruche mit dem Reiche, kommen zu lassen.

Die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen sind zu einer Besprechung der Lage zusammengesetzt. Diese süddeutschen Staaten stehen ebenso wie die bayerische Rheinpfalz auf dem Boden der Reichsverfassung.

Das Schreiben Eberts.

Berlin, 29. Juli. Eigenbericht. Im Briefe des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten wird darauf hingewiesen, daß die bayerische Verordnung im Widerspruche zur Reichsverfassung stehe und geeignet sei, den Bestand des Reiches zu gefährden. Zur Aufhebung der Verordnung will sich der Reichspräsident erst dann entschließen, wenn die letzten Mittel zu einer Verständigung erschöpft seien. Die in Bayern aufgetauchten Befürchtungen, als ob durch das Schutzgesetz die Aufhebung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet wäre, seien durchaus irrig. Gerade die Erhaltung des Staatscharakters der einzelnen Länder habe sich der Reichspräsident zur besonderen Aufgabe gemacht. Zur Klärung der innen- und außenpolitisch gefährdeten Lage und angesichts der dem Reichspräsidenten aus der Verfassung obliegenden Verpflichtungen wird um baldige Antwort ersucht.

kommt die schwierige wirtschaftliche Lage des Staates mit der steigenden Not und Arbeitslosigkeit, den sich häufenden Lohnkämpfen und schließlich das furchtbare Klaffen des Staatshaushalts, der für das kommende Jahr ein noch größeres Milliardendefizit aufweisen soll, als im laufenden Jahre. Und zu allem wankt das Parlament, dessen Parteien nur mehr an die Neuwahlen denken, in der bedenklichsten Weise.

Das alles erklärt es zur Genüge, daß die Herren der Bötta auch in die Sommerfrische ihr Sorgenbündel tragen und in Karlsbad mit der Fürsorge für ihr körperliches Wohlbefinden das Streben verbinden, die sich türmenden Schwierigkeiten in der Herbsttagung zu überwinden. Vielleicht glückt es dem von ihnen dort eingeleiteten Vorhandel unter dem Einflusse der ihnen vorläufig noch gemeinsamen Abneigung vor Neuwahlen, dem Parlamente noch einmal eine Injektion zu verabreichen, die sein Leben künstlich noch auf eine Zeitlang zu verlängern imstande ist, von Dauer können die von der Bötta unternommenen Wiederbesetzungsversuche des an Altersschwäche leidenden Parlamentes und der schwindfüchtigen Bötta keineswegs sein, solange die Machthaber im Staate sich nicht bewußt werden, daß nur durch eine Vereinigung des Verhältnisses des Staates zu den nichttschechischen Nationen die Gesundheit des Parlamentes bewirkt werden kann. Der Weg zu dieser Erkenntnis ist wohl noch ein weiter, aber er wird gesucht werden müssen.

Jules Guesde.

Der internationale Sozialismus hat einen seiner größten Männer, das französische Proletariat seinen verehrungswürdigsten Führer verloren. Fast genau an dem Tag, wo sich zum achtzigstenmal der erschütternde Tag jährt, da die Schredensstunde von Paris die Ermordung zu uns drängt, ist dessen Mitkämpfer, Jules Guesde, 77jährig, aus dem Leben geschieden. In den letzten Jahren hat man von dem alten Kämpfer nur wenig gehört, der jüngeren französischen Generation ist die Wucht seiner gewaltigen Rede unbekannt geblieben. Seine Glanzzeit lag in den Jahren vor dem Kriege und sein größtes Verdienst, durch das er sich ein Denkmal in der Geschichte seiner Nation und der internationalen sozialistischen Bewegung gesetzt hat, war, daß er den Marxismus in Frankreich begründet hat.

Frankreich ist bis in die letzten Jahre ein Land des Kleinbürger- und Kleinbauernums gewesen, ohne die Bedeutung, die die Großindustrie in der Wirtschaft und Gesellschaft anderer kapitalistischer Länder hatte. Die Rückwirkung dieses ökonomischen Aufbaues Frankreichs auf die Arbeiterbewegung konnte nicht ausbleiben und so hat es unter der französischen Arbeiterbewegung stets kleinbürgerliche Strömungen gegeben, die zu verschiedenen Zeiten verschiedene Färbungen angenommen haben, unter dem Kaiserreiche waren es der kleinbürgerliche Sozialismus Proudhons und die purchastischen Lehren Blanquis, in den achtziger Jahren und vor dem Kriege Reformismus und Ministerialismus, seit Beginn des Jahrhunderts der Syndikalismus und nach dem Kriege der Kommunismus. Angesichts dieser Gesinnung der französischen Arbeiterbewegung, dem Marxismus auch in Frankreich, eine Heimstätte geschaffen zu haben, war ein Werk von unergänglicher Bedeutung, wobei das Hauptverdienst daran Jules Guesde zufällt.

Jules Guesde war am 11. November 1845 geboren und wandte sich frühzeitig philosophischen Studien zu. Besonders der Begründer der modernen Logik, der Deutsche Immanuel Kant, war es, der Jules Guesde anzog und dessen hervorsteckende Eigenschaft selbst die messerscharfe Logik wurde, die er in seinen Reden und Schriften offenbarte. Unter dem zweiten Kaiserreiche war er ein kleiner Beamter, der gegen den reaktionären Charakter, den die Regierung Napoleons III. trug, einen leidenschaftlichen Kampf führte. Er wurde Journalist und führte in seinem Blatte „Les droits de l'homme“ den schärfsten Kampf gegen den Krieg, den Napoleon 1870 gegen Deutschland führte. Diesen Kampf ums Recht mußte er mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten büßen. Aber Guesde war ein Mann, der sich niemals beugte und als am 18. März 1871 die Arbeiter von Paris die Kommune proklamierten, war Guesde auf ihrer Seite. Nach dem blutigen Mord, den die Ordnungsmacher an den Pariser Kommunisten verübten, mußte Guesde ins Ausland gehen und wurde in contumaciam zu fünf Jahren Kerker verurteilt. Dort setzte er seinen literarischen Kampf gegen das konservative Frankreich fort und gelangte zum Studium sozialer Fragen, weil er erkannte, daß nur die Kraft der Arbeiterklasse imstande sei, die demokratische Republik in Frankreich, die damals von monarchistischen Reaktionen ebenso bedroht war wie heute Deutschland, retten könne.

Nach der Niederlage der Kommune lag die französische Arbeiterklasse zerstückelt am Boden und erst gegen Ende der siebziger Jahre regten sich die ersten Anzeichen des Wiedererwachens des proletarischen Klassenbewußtseins. Guesde gebührt das Verdienst dieses Erwachens durch seine literarische Tätigkeit zunächst aus dem Auslande her mächtig gefördert zu haben. Als die französische Republik durch das Mißlingen des Staatsreiches Mac Mahons endlich gefestigt war, kehrte Guesde nach Frankreich zurück und es war sein erstes, im Jahre 1878 einen Arbeitertag einzuberufen. Dies trug ihm jedoch eine abermalige Verhaftung ein. In der Gerichtsverhandlung rechnete er mit den herrschenden Klassen Frankreichs in einer im ganzen Lande aufsehen erregenden Verteidigungsrede im Stille Laßalles ab. Schon damals offenbarte sich das dialektische und logische Talent des proletarischen Führers, dessen Reden von brennendster Leidenschaft und glühendem Idealismus erfüllt waren. Dabei war er nicht gutmütig in der Polemik, sondern oft boshaft und verhöhrend, durchbohrte und zerschmetterte seine Gegner. Endlich gelang es ihm im Jahre 1879 einen Arbeitertag nach Marseille einzuberufen, wo unter Führung von Guesde der Bruch der französischen Arbeiter

Bayern sucht einen Ausweg.

Der Verkündigungsantrag des Reichspräsidenten als Rettungsanker.

München, 28. Juli. In bayerischen Regierungskreisen beginnt man langsam sich der Schwere des Konfliktes mit dem Deutschen Reich bewusst zu werden. Wenn man bayerische Regierungskreise fragt, wie sie sich den Ausweg aus der von ihnen herbeigeführten Situation darstellen, so antworten sie mit dem Hinweis auf die schon oft geübte Vermittlungsaktivität des Reichspräsidenten und sprechen die Hoffnung aus, daß Reichspräsident Ebert auch diesmal einen Ausweg aus der verworrenen Situation finden wird. Reichspräsident Ebert hat sich bei seinem letzten Besuche in München große Sympathien gerade in jenen Kreisen erworben, die von der Propaganda, die in Bayern gegen Ebert betrieben worden war, sich hatten beeinflussen lassen. Die offizielle Korrespondenz der bayerischen Volkspartei und die Organe des rechten Flügels der Arbeiterpartei stellen fest, daß es sich bis jetzt durchaus nicht um einen offenen Konflikt handelt, sondern lediglich um eine tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen Bayern und dem Reich. Es hänge nunmehr von der Reichsregierung ab, ob diese Meinungsverschiedenheiten zu einem wirklichen Konflikt sich erweitern werden. Die bayerische Regierung führe einen Verteidigungskampf gegen die Zentralisierungstendenzen im Norden. Den extremen Reichskreisen ist der Brief des Reichspräsidenten sehr unangenehm, weil sie erwartet hatten, daß die Reichsregierung auf das Vorgehen Bayerns mit Zwangsmahregeln antworten würde. Das Bürgertum, das für seine Geschäfte auf Kredit angewiesen ist, mißbilligt immer mehr die Haltung der bayerischen Regierung und bestwe-

gen wird die bayerische Regierung auch auf den Brief des Reichspräsidenten eingehen und ihn als

einen willkommenen Ausweg aus der Sackgasse

ansehen. Es ist indes bisher noch nicht entschieden, was Ministerpräsident Verheffenfeld augenblicklich tun will. Dies wird Anfang der nächsten Woche zur Entscheidung kommen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts, die stark betrieben wird, ihre Lösung finden. Der Austritt der demokratischen Partei aus der bayerischen Regierung hat einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung Bayerns ausgeübt. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der Brief des Reichspräsidenten Ebert auch auf Anregungen aus vernünftigen und besonnenen bayerischen Kreisen zurückzuführen ist.

Ein Antrag der Unabhängigen: Ausweitung der Wittelsbacher.

München, 27. Juli (Wolff). Der Verfassungsausschuß des Landtages lehnte den Antrag der Unabhängigen, die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, die als Kronanwärter in Frage kommen, sofort aus Bayern auszuweisen oder, wenn sie auf bayerischem Gebiete betroffen werden, mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren zu bestrafen, und den Antrag derselben Partei, der die Erwirkung eines Reichsgesetzes verlangt, wornach sämtliche Kronanwärter ehemaliger regierender Familien aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten ab.

Inland.

Andeutung der Auslandspropaganda. Die Wajsker „Nationalzeitung“ veröffentlicht über die Tschchoslowakei einen begeisterten Artikel, in welchem es heißt: „Das Volk hat hier tatsächlich eine ehrenvolle Kulturtradition. Die Geschichte hat die gotischen Barockbauten der Stadt Prag mit Patina überzogen. Der Kampf des tschechischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit spricht durch den Eindruck dieses antiken Epös. Die Parole der jungen Republik, welche in seinem Wappen enthalten ist, lautet: „Die Wahrheit siegt!“ Es ist dies wohl nur eine Neugierigkeit, aber hinter ihr leuchtet das Bewußtsein der Gerechtigkeit der eigenen Sache und der politische Idealismus. Diese alte Kulturration berauscht sich an seinem neuen Ideale und will aus ihr nach seinen Idealen eine vollendete Volksrepublik machen. Auch gegenüber der bisher herrschenden deutschen Minderheit vermochte diese alte Kultur die Leidenschaften zu zähmen.“ Dieses „Urteil“ druckt das Regierungsblatt „Tschchoslowenka Republika“ ab und bemerkt dazu: „Hier ist ein objektives Urteil, welches die deutschen Klagen ins richtige Licht stellt.“ — Die tschechische Regierung gibt Millionen für die Auslandspropaganda aus, dann drucken ihre Blätter die mit diesem Geldern bezahlten Artikel der ausländischen Zeitungen ab und stellen sich darüber begeistert. So wird es gemacht!

Verhandlungen in Marienbad. Nach Berichten von Belgrader Blättern werden schon seit längerer Zeit zwischen der Belgrader und der Prager Regierung Verhandlungen wegen Verlängerung der Konvention zwischen Jugoslawien und der Tschchoslowakei geführt. Die Verhandlungen sollen im August beendet werden und zu Ende des

mit der bürgerlichen Demokratie und ihrem Führer Clemenceau vollzogen wurde. Diese Scheidung der Geister, mit dem in jedem Lande die Geschichte des Sozialismus beginnt, war nirgends so schwer wie in Frankreich, weil die bürgerliche Demokratie dort eine glänzende Vergangenheit hatte. Nach dem Kongreß ging Guesde mit Lafargue, dem Schwiegersohn von Marx, zu Marx und Engels nach London, wo diese für die sozialistische Partei Frankreichs ein Programm ausarbeiteten, das auch auf dem Kongreß in Havre (1880) angenommen wurde. Die Annahme des Programms hatte eine Auseinandersetzung mit dem kleinbürgerlichen Flügel der Partei zur Folge, der im nächsten Jahre aus der Partei auswich.

Die achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts sind die Zeit der Parteikämpfe und der Ohnmacht der französischen Arbeiterbewegung, die erst durch den internationalen Kongreß zu Paris 1889 wieder neuen Auftrieb erhielt. Seitdem war Guesde der unbestrittene Führer des französischen Marxismus und bekämpfte mit aller Leidenschaft, die diesem heißblütigen Franzosen eigen war, die Reformisten, deren Führer seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts der Guesde ebenbürtige Faurès wurde. Die Zerrissenheit der französischen Arbeiterbewegung jedoch war ein Hindernis ihrer Entwicklung und es wurde in der ganzen Internationalen mit Freuden begrüßt, als es dem internationalen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 endlich gelang, die streitenden Brüder wieder zueinander zu führen. Auf dem Kongreß beider Parteien in Paris 1905 wurde die Einigung der französischen sozialistischen Parteien vollzogen. Damit waren freilich die Gegensätze in der Partei noch nicht aus der Welt geschafft und auf den folgenden Kongressen noch geriet Guesde, der Führer der Radikalen, mit Faurès, dem Sprecher der Gemäßigten, hart aneinander.

Einen eigentümlichen Standpunkt nahm Guesde im Kriege ein. Als der Krieg ausbrach, traten er und Sembat in die Regierung ein. Seinen Standpunkt rechtfertigte Guesde auf der Nationalkonferenz der sozialdemokratischen Partei Frankreichs im Februar 1915 in Paris, wo er erklärte, daß Frankreich nicht das deutsche Volk bekämpfe, sondern nur den Militarismus und bereit sei, dem deutschen Volke die Hand zu bieten, sobald es sich vom Militarismus loslauge. Daß es ihm mit dieser Meinung ganz ernst gewesen ist, konnte bei dem Charakter Guesdes gar keinem Zweifel unterliegen. Später schied er aus der Regierung aus und hat seitdem in der französischen Partei keine aktive Rolle mehr gespielt. Welcher Verehrung er sich in den Reihen seiner Parteigenossen erfreute, läßt sich daraus erkennen, daß ihm der Kongreß in Tours im Dezember 1920 ein besonders herzliches Begrüßungsschreiben übersandte. Als die Kommunisten die französische Arbeiterbewegung spalteten, ließ er gar keinen Zweifel darüber, daß er Sozialdemokrat geblieben ist. Seit 1920 war er schwer krank, hat seitdem kaum mehr das Bett verlassen und ist nun gestorben. Mit ihm ist eine historische Gestalt dahingegangen, ein großer Mann, ein unerschütterlicher Charakter, ein klarer Denker, ein unerschrockener Kämpfer für die Rechte des Proletariats und für eine bessere Zukunft des Menschengeschlechtes.

Jules Guesde über die Kommunisten.

Die Stellung Jules Guesdes zum Kommunismus geht am besten aus seinem Briefe hervor, den er an den französischen Genossen Delory im Oktober 1920 gerichtet hat:

Mein lieber Delory!

Durch die Krankheit immer mehr zur Unbeweglichkeit verurteilt, kann ich Ihnen nur — für den

Ein Empfang beim Reichspräsidenten.

Berlin, Ende Juli.

Wenn einst im kaiserlichen Deutschland ein Hofempfang beim schnurbartgestraubten Hunnenkönig stattfand, verbeugten sich nicht nur die Gäste so tief, daß sie hinten wieder in die Höhe gingen, — auch die Berichte in der bürgerlichen Presse wurden in der gleichen anstrengenden Haltung geschrieben und gelesen. Ein jedes Wort des gekönteten Narren verwandelte sich in ein gelügeltes Wort, auch wenn es noch so armselig oder beschämend war. Während in einem modernen Staat der Sinn solcher Empfänge nur in der Bekundung des Staatsinteresses an einer Sache oder einer Person liegen kann, fühlten die Gäste Wilhelms nichts mehr von der ursprünglichen Beziehung zwischen sich, einer Sache und dem Staat, sondern sie erschienen wie orientalische Tempelbesucher vor einem Gözen. Der Kaiser war eine Gottheit, die Höflichkeit, zu der er sich zwang (nicht immer), war eine Begrüßung von verzengender Gestalt, von der sich die Betroffenen lange nicht erholen konnten.

Bei einem Empfang Eberts Ähnliches zu empfinden, ist natürlich ganz unmöglich. Aber trotzdem scheint es mir eine Art Unsicherheit zu sein, wenn man, wie es in Deutschland üblich ist, nicht nur in der sozialistischen Presse, über solche Empfänge möglichst kurz hinweggeht. Das bedeutet doch wohl, daß man die Person noch nicht genügend vom Amte trennt und eine Gleichgültigkeit markiert, mit der man die Person meint und das Amt, zum Schaden der Republik, trifft. Auch das republikanische Deutschland kennt

heute, nachdem sich die Stürme der Revolution zunächst einmal ausgepufft haben, Veranstaltungen beim Reichspräsidenten, die sich zwangsläufig aus seinem Amt ergeben. Unbeschadet des politischen Kampfes und politischer Empfindungen, die viele, besonders die energievollsten Elemente der Arbeiterschaft gegen Ebert hegen, sollte man sich aber diese unsfreie Art, über den Präsidenten zu schreiben oder lieber zu schweigen, abgelehnen. Gerade weil es solche Deutsche gibt, für die die Republik ein unüberwindliches Hindernis ist, sollte auch die überrepublikanische Abneigung, vom Präsidenten zu sprechen, der republikanischen Energie weichen, es zu tun, gerade weil die Monarchisten (nen möglichst unsichtbaren Präsidenten) haben wollen.

So scheint es mir durchaus nötig, einmal über die Empfänge bei Ebert etwas zu sagen, nicht in Form eines Hofberichts, sondern um Klarheit zu schaffen über die republikanische Repräsentation überhaupt.

Da ein Präsident wie Ebert ohne jeden persönlichen oder geistigen Nimbus seine Amtsfunktion, selbst auch allgemein ein Gefühl des Besonderen, ein Interesse dafür, wie er als Privatperson zu gewissen Dingen, sagen wir denen des Geisteslebens steht. Das scheint mir aber gerade den Sinn seiner Funktionen sachlich zu vergrößern. Eine Veranstellung beim Reichspräsidenten hat dann nichts mehr mit seiner Person zu tun, dagegen kommt die staatliche Funktion seiner Handlungen umso klarer zum Ausdruck. Das war auch das Bedeutende, der wirkliche Fortschritt bei einem der letzten Empfänge, einem Gästen-Teel im Präsidenten-Palais: er galt einer Sache, er galt einer Person, die im alten Deutschland offiziell bekämpft worden ist: er galt der letzten Vorbereitung der Gerhart Hauptmann-Wahl, die jetzt in Breslau beginnen wird. Wenn

Ebert zu einem solchen Anlaß Einladungen ergehen läßt, so bedeutet das nicht, daß uns Ebert mit seiner Privatmeinung über Hauptmann in Anspruch nimmt, sondern daß die deutsche Republik durch ihren höchsten Repräsentanten ihre Verehrung für den größten ihrer Dichter auszusprechen sich verpflichtet fühlt.

Der Deutsche ist bisher weder ein geborener noch ein „gelernter“ Republikaner. Aber es ist die Zeit, daß wir dieses werden, damit jenes unsere Ehre sein können. Lange genug lag Deutschland im Dred seiner wilhelmschen Cöberbeherrschung. Wenn heute niemand vor dem Reichspräsidenten die Haken zurechtgeschlagen und den Rücken krümmen muß so sollte doch, wie in allen echten Republiken, an Stelle der ergrungenen Verehrung für einen Monarchen das Verhältnis von republikanischer Würde vor dem Gewählten und republikanischer Selbstachtung vor sich selbst als Wähler das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und einem republikanischen Präsidenten bestimmen. Aus den historischen Bedingungen ergab sich, daß Ebert zuerst von beiden Seiten, von den Monarchisten und von den radikalen Sozialisten, bekämpft wurde, daß beide Flügel ihn als Person und sein Amt als überflüssig bekämpften. (Die einen, weil sie einen Kaiser, die anderen weil sie nicht einmal einen Präsidenten haben wollten.) Die Konsolidierung der deutschen Republik zeigt sich nun darin, daß die Angriffe von beiden Seiten nachgelassen haben. Die Zahl der Republikaner ist größer geworden und auch in den Kreisen der Arbeiterschaft sieht man ein, daß ein Präsident doch eine staatspolitische Notwendigkeit ist. Damit hat Ebert als Präsident auch an Respekt gewonnen. Das Erheben der Trauerfeierlichkeiten bei Mathenaus Staatsbegräbnis, als Ebert den Saal betrat, die Kundgebungen der Münchner Arbeiter, die mit einem Hoch auf

genannten Monarchen sollen Passis und Ninsis mit Dr. Benesch in Marienbad zu diesem Zwecke zusammen kommen. Bei dieser Gelegenheit will Passis den Präsidenten Majarat besuchen.

Eine Erinnerung. Der Hauptleiter der tschechoslowakischen journalistischen Regierungspropaganda, Herr M. Bloch, veröffentlicht in der gestrigen „Prager Presse“ aus Anlaß des vor acht Jahren begangenen Weltkrieges einen Artikel unter dem Titel: „Serbien muß sterben!“ Darin heißt es u. a.:

„So ahnungslos, so desorientiert, so siegesgewiß und leichtfertig war man damals in allen Streifen der „Reichshaupt- und Residenzstadt“ und so jählings und blutlings und häuptlings stürzte man sich ins Verderben; im Herzen den einen Prätorianerwunsch, auf den Lippen die kindische Verwünschung: „Serbien muß sterben!“...“

Das ist wohl richtig, aber es wäre zu fragen: Wie schrieb Herr Bloch damals, da er noch in österreichischen Diensten stand?

Keine Parlamentswahlen in Karpathorhland. Die „Tribuna“ konstatiert, daß die in den letzten Tagen verbreitete Nachricht, daß in Karpathorhland sowie im Teschener und Gultschiner Gebiet die Ergänzungswahlen für das Parlament stattfinden sollen, unrichtig sind. Es könne sich in Karpathorhland nur um die Gemeindevahlen handeln, die im Herbst stattfinden sollen.

Wie Moskau liegt!

Das wahre Gesicht kommunistischer Gewerkschaftsführer.

Die „Internationale“ hat wieder einmal den Sozialpatrioten die Larve vom Gesichte gerissen und die ganze Schändlichkeit der ununterbrochenen Rette des Arbeiterverbandes an einem haarsträubenden Beispiel aufgezeigt. In der Nummer vom 25. Juli wird unter dem Titel „Das wahre Gesicht der Wacher vom deutschen Bauarbeiterverband“ der zusammengedrochene kommunistische Bauarbeiterstreik im Afscher Bezirk zum Anlaß genommen zwei im Dienste der Arbeiterbewegung seit vielen Jahren stehende Genossen mit einem Kübel von echtem kommunistischen Schmutz zu besudeln und die geradezu katastrophale Niederlage des Prager kommunistischen Bauarbeiterverbandes in einem richtiggehenden Moskauer revolutionären Sieg umzulügen. Die Kommunistenfische sind wahrhaftig keine Ruhmesblätter der Arbeiterbewegung, aber das Mag und Moritz-Spiel des Karel Tetenka aus Prag und seines geistig noch beschränkteren Rechtsam-Merz beim Streik der kommunistischen Bauarbeiter in Afsch offenbaren eine Frivolität gegenüber der ganz zwecklos in den Kampf gejagten Bauarbeiterschaft, daß es zur Steuer der Wahrheit geboten erscheint, wenigstens die allerdingsten Lügen der „Internationale“ und das wirkliche Verhalten des Edelmannes Tetenka und seines Afscher Hausdieners aufzuzeigen.

Der deutsche Bauarbeiterverband schloß am 15. Mai d. J. mit dem Arbeiterbunde für das Baugewerbe im Egerer Kammerbezirk einen kollektiven Arbeitsvertrag ab. In die Zeit dieser Verhandlungen fällt nun die Spaltungsarbeit der Kommunisten. Der Prager Verband besorgte die Zerstörungsarbeit und wenn auch in Westböhmen die Bäume seines Wirkens nicht in den Himmel wuchsen, so wurden doch in Afsch, Raaden und Weipert Mitglieder abgeplittert. Großmäulig versprach man den Bauarbeitern mindestens eine 20prozentige Lohnerhöhung im revolutionären Kampfe den Unternehmern abzurufen. Allerdings hat Herr Wampe, als er in Raaden dieses Kunststück zuwege bringen wollte, vollständig verfaßt. Er blieb als junges Rennpferd schon vor der ersten Hürde liegen und

den Präsidenten die monarchistischen Schreier auf der Straße mundtot machten, auch Begrüßungen des Publikums auf der Straße beweisen, daß wir uns in Deutschland daran oewöhnen, die Person von der Sache zu trennen und das Amt eines Präsidenten als solches zu achten.

Dieser Achtung und der Notwendigkeit besonders vor den deutschen Monarchisten eine wirkliche republikanische Macht zu entfalten, würde es entsprechen, wenn sich auch die deutsche Republik eine machtgebende Entfaltung, eine Restitutio der Repräsentanz schaffen würde. Das brauchen alle Staaten und werden es stets brauchen. Sicher beruht die bisherige Festigkeit der bolschewistischen Diktatur mit auf ihrer Fähigkeit, dem Volk eine Staatsrepräsentanz zu zeigen. Fahren und Musik, Paraden und „rote“ Feste, eine glänzende Selbstinszenierung der Führer hat der bolschewistischen Diktatoren ein Prestige geschaffen. Selbstverständlich ist die Art der Staatsrepräsentanz immer ein Reflex der Staatsverfassung. Daher ist es natürlich, daß die bolschewistischen Diktatoren sich in geordneten Jarenhofen der Öffentlichkeit zeigen. Aber eine Form der Repräsentanz haben sie, genau wie Frankreich, wie die Schweiz, wie Amerika. Auch die Franzosen haben einfache Volkstypen zu Präsidenten gewählt. Aber sie hatten ihre Staatswagen, ihre Bürgergarde, ihr traditionelles Palais, alle ihre auf fünf Jahre verliehenen, ihnen und ihrer Familie bestimmten Präsidialwürden.

In Deutschland haben wir von alledem nichts und wir haben noch nicht einmal richtig darüber nachgedacht. Wie Kultur eines Volkes zeigt sich in seinen Festen, und die Unkultur der Deutschen in der Unfähigkeit, eine Feierlichkeit zu erleben oder neu zu gestalten. Welche Bewundernswürde Staatsbürgerschaft hatte das alte Rom! Gewiß, Sozialisten verabscheuen die strahlenden

die Bauarbeiterkommunisten Bauarbeiter waren noch heute auf die versprochene Lohnerhöhung. Es ist nun selbstverständlich, daß auch der Ascher Kommunistenführer Merz nicht hinter Gänge zurückbleiben dürfte und so wurde auch hier neben dem üblichen Geschimpfe das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Aber nachdem auch ein Bauarbeitermagen von Revolutionslehren allein nicht satt werden kann, so wurde nach Abschluß des Vertrages mit den Sozialpatrioten dem Herrn Merz zu verstehen gegeben, daß nun der Prager Verband mehr imstande sein müsse wie die Arbeitervertreter vom deutschen Bauarbeiterverband und Merz als ein Mann der Tat berief eine große Versammlung ein, erklärte dort eine Generalstreikvollmacht in der Tasche zu haben und sagte, daß er innerhalb drei Tagen die Ascher Unternehmer zerschmettern werde. Er legte auch die Forderung zur Beschäftigung vor, die allerdings nicht mehr 25 Prozent, sondern ein kleineres Revolutionskalkül von 50 Heller pro Stunde hatte. Und nun begann der Horentanz. Bevor noch alle Unternehmer die Forderungen erhielten, an den Arbeitgeberbund dachte man im Drange der Geschäfte nicht, wurde der Streik proklamiert und die Baustellen geräumt. Als aber nach drei Tagen die Unternehmer weder zerschmettert am Boden lagen, noch der berühmte Endsieg erforscht war, wurde man im kommunistischen Streiklager stutzig und ging zu dem vielgeschmähten Fädel, von welchem man sich gute Ratsschläge holen wollte, jedoch selbstredend die entsprechende Antwort erhielt. In der am 29. Juni in Schönbach für die Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes abgehaltenen Versammlung, an welcher auch ein Teil der Kommunisten teilnahm, hat der Abgeordnete Schuster es den Mitgliedern ausdrücklich freigestellt ihr weiteres Verhalten selbst zu bestimmen und die Abstimmung darüber in den Jahrestellen ohne jede Beeinflussung vorzunehmen. Diese Tatsache werden wohl auch die in der Versammlung anwesenden Kommunisten bestätigen müssen. Auf die Arbeitsaufnahme in Koffbach wurde weder vom Abg. Schuster noch einem anderen Funktionär Einfluß genommen. Nachdem Merz allein nicht imstande war den Sieg zu erringen, brauste sein Prager Herr und Meister Karel Tetenska heran, der in der Versammlung der stauenden Mittel verkündete, wenn er mit den Unternehmern nur eine halbe Stunde verhandelt, sei der Sieg totschick. Und der grimmige Tetenska ging hin und verhandelte. Zuerst den wilden Mann nimmend und als das nicht zog, verlegte sich der edle Revolutionär aufs Betteln. Nur den kleinsten Sieg sollten ihm die Unternehmer für das Ascher Gebiet gewähren und als Gegenleistung hätte Karl der Tapfere ohneweiters für das ganze übrige Gebiet Westböhmens den vielgeschmähten mit den deutschen Bauarbeiterverband abgeschlossenen Lohnvertrag angenommen. Also Tetenska hätte seine übrigen kommunistischen Mitglieder verschachert, wenn er dafür den kleinsten Erfolg in Asch erreicht hätte. Aber trotz aller Drohungen und Bitten der Merz und Tetenskas blieben die Unternehmerseelen hart und verlangten die unbedingte Arbeitsaufnahme, ehe sie weiter verhandeln. Als nun auch die Stimmung unter den Streikenden freitags zu werden begann, mußte man der Arbeitsaufnahme zustimmen und die späteren Drohungen Tetenskas den Streik wieder zu beginnen, wenn die Unternehmer über den Rahmen des derzeitigen Vertrages hinaus keine Zugeständnisse gewähren, wurden mit einem verständnisvollen Lächeln quittiert. Nachdem in der neuerlich einberufenen Versammlung kein Wunsch von einem neuerlichen Streik etwas wissen wollte, mußte Tetenska, ohne ein Unternehmervortrat getrieben zu haben, den Schauplatz seines nicht gerade ruhmreichen Wirkens still und bescheiden verlassen. Und nun beginnt man sich mit freunden Federn zu schmücken und versucht

Verpachtung der Staatswälder an ein Finanzkonsortium?

Eine Nachricht, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen und alle Befürchtungen darüber, was die tschechische Regierung mit den Wäldern vorhat, noch zu überdrehen, bringt die gestrige Nachmittagsausgabe des „Cesta Slovo“, des Zentralorgans der tschechischen Nationalsozialisten, also einer Partei, deren Vertreter in der Regierung sitzen, deren Informationen also den Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden. Danach sei beabsichtigt, die ausgedehnten Staatswälder in der Slowakei und in Karpatenrußland im Ausmaße von etwa 2,5 Millionen Hektar, deren Wert auf etwa vierzig Millionen Kronen geschätzt wird, einem Finanzkonsortium zu übertragen. Wenn diese Nachricht wahr ist, dann bedeutet die Verstaatlichung der Wälder nichts anderes, als deren Ueberführung aus dem Besitz feudaler Uebeliger in die Hände des tschechischen Finanzkapitals, das die Tschechoslowakei als den Tummelplatz ungezügelter Profitstrebens betrachtet. Man kann sich vorstellen, welchen Raubbau die Monokulturlandwirtschaft oder irgend eine andere Bank, welche dieses große Geschäft finanzieren würde, mit den Staatswäldern treibe, weil sie doch die große Pachtsumme bezahlen müßte

und überdies noch einen unermesslichen Gewinn aus der Waldwirtschaft ziehen wollte. Wertvoll ist sich das vom „Cesta Slovo“ angebotene Projekt, so befinden sich die Wälder dieses Staates in der allergrößten Gefahr. Die Nachricht beleuchtet grell die Methode, wie man in diesem Staate „sozialisieren“ will. Diese famose Sozialisierung bedeutet nichts anderes, als die Auslieferung der Bodenschätze und Naturkräfte der Tschechoslowakei an das Großkapital. Es ist die heiligste Pflicht der tschechischen Sozialdemokratie, solche Pläne, sofern sie bestehen — und daß ein Regierungsblatt darüber schreibt, spricht dafür, daß sie bestehen — jählich zu machen und die ungläubliche Unverfrorenheit der Kapitalisten, die darin zum Ausdruck kommt, zurückzuweisen. Wenn die Verpachtung der Staatswälder erfolgen sollte, dann ist der kapitalistische Charakter der bestehenden Regierungskoalition unabweisbar. Die Nachricht zeigt, wie weit die Dinge gehen und wie schwach der tschechische Sozialismus in der Gesellschaft der kapitalistischen Regierungsparteien geworden ist.

Generalstreik in Ravenna.

Rom, 27. Juli. In der Provinz Ravenna ist seit Mitternacht der allgemeine Ausstand proklamiert. Die Faschisten strömen in großer Zahl in die Provinz. Truppen sind in großer Zahl angedrungen. In der Provinz Cremona haben zahlreiche sozialistische Gemeinderäte demissioniert, um gegen die Ueberfälle der Faschisten zu protestieren.

Die Faschisten als Brandstifter.

Rom, 28. Juli. In Ravenna besetzten gestern Nachmittag die Faschisten die Arbeiterlam-

mer und richteten dort ihr Hauptquartier ein. In der Nacht überfielen sie zur Strafe für die Verhängung des Ausstandes das neue Genossenschaftsgebäude und brannten es nieder. Der Ausstand dauert fort. Die Eisenbahner von Rom und Livorno haben gestern infolge eines Zusammenstoßes mit den Faschisten einen einseitigen Ausstand verkündet. Heute Nachmittag um 3 Uhr stellten in Rom zum Zeichen der Solidarität mit den Streikenden die Metallarbeiter und die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit ein und hielten eine große Versammlung ab.

Telegramme.

Das Statut der österreichischen Notenbank.

Wien, 28. Juli. (Eigenbericht.) Heute wurde das Statut der neuen österreichischen Notenbank, das gestern vom Hauptauschuß genehmigt worden war, veröffentlicht. Der Titel der neuen Notenbank wird lauten: „Österreichische Nationalbank“. Es wurde festgestellt, daß der Wert des Geldes zumindest seine Verfallsicherung erfahren soll. Falls sich diese Voraussetzung nicht erfüllt, so hat das den Verlust des Rechtes der ausschließlichen Notenausgabe zur Folge. Das Privileg der Bank dauert bis Ende 1941. Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Schweizer Franken und ist in eine Million Aktien zu je 100 Schweizer Franken zerlegt. Es werden aber auch Viertelaktien ausgegeben. Die Konstituierung der Bank erfolgt, sobald 60 Millionen Schweizer Franken eingezahlt sind. Der Rest der Aktien wird nach der Konstituierung zur Zahlung ausgeschrieben werden. Der Staat garantiert der Bank die Unantastbarkeit des Aktienkapitals in Gold. Diese Garantie wird auf dem Zollgefälle sichergestellt. Der gesamte Banknotenumlauf darf höchstens das Dreifache des Wertes des Metallschatzes betragen. Die Bilanzen der Bank waren in Schweizer Franken ausgestellt, die Dividenden in Schweizer Franken ausbezahlt.

Der italienische Kredit an Oesterreich.

Rom, 28. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht das sanktionierte Gesetz, betreffend den an Oesterreich gewährten Kredit.

Wieder Wäluenhanse in Wien.

Wien, 28. Juli. (Eigenbericht.) Die Auslandsvaluten sind heute in Wien sehr bedeutend gestiegen. Der Dollar steht auf 37.100 Kr. die tschechische Krone, die gestern 798 notierte, steht heute auf 850 Kr., sogar die Mark ist auf 68.50 Kr. gestiegen.

Valutenhanse auch in Berlin.

Berlin, 28. Juli. (Eigenbericht.) Die Nachricht von der neuerlichen Ausschreibung des Notatoriums rief auf der hiesigen Börse eine klärrische Nachfrage nach ausländischen Valuten hervor. Der Dollar, der auf 519 stand, steht heute bis zur amtlichen Notierung auf 550. In ähnlicher Weise gingen auch die anderen fremden Zahlungsmittel in die Höhe.

Den Herrn Minister „etelt“ es.

München, 28. Juli. Vor der Ablehnung des Antrages der Unabhängigen auf Ausweisung jener Würtelsbacher, die als Thronpräsidenten anzusehen seien, erklärte der bay. erische Minister des Innern Dr. Schweyer im Auftrage der Regierung, daß ihm ein Ciel aufliege über den Antrag, welcher das tausendjährige Haus der Würtelsbacher diffamieren wolle. Man sei dem Hause Würtelsbach zu Dank verpflichtet.

Großfürst Nikolajewitsch in München.

München, 28. Juli. Es wird bestätigt, daß Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch in München eingetroffen ist.

Verurteilung von Kommunisten in Budapest.

Budapest, 28. Juli. Das Strafgericht verkündete heute das Urteil gegen Karl Csato und neun Genossen, die angeklagt waren, mit einem amerikanischen Kommunistenverein in Verbindung gestanden, sowie Zeitungen der Wiener Kommunisten unter ungarische Arbeiter verbreitet zu haben. Sechs Angeklagte wurden zu Strafen von zwei Monaten bis vier Jahren verurteilt, die übrigen freigesprochen.

Lloyd George über die Reparationsfrage.

London, 27. Juli. Auf mehrere Anfragen teilte Lloyd George im Unterhause mit, die Fragen der Reparationen und der internationalen Schulden würden im Laufe der nächsten Wochen erörtert werden können. Die Regierung werde eine Erklärung über den wahrscheinlichen Zeitpunkt der Besprechungen mit Poincaré abgeben. Infolge der italienischen Ministerreise sei eine Schwierigkeit eingetreten, anderenfalls würde der französische Ministerpräsident in der nächsten Woche nach London gekommen sein. Er könne nicht sagen, wann die italienische Krise vorüber sein werde. Der Tag der Besprechungen hänge ausschließlich von dieser Tatsache ab.

Unruhen in Barcelona.

Barcelona, 27. Juli. (Sabas.) Die Sozialisten haben sieben neue Angriffe unternommen. Hierbei wurde eine Person getötet und eine ernst verletzt.

Die Kämpfe in Südirland.

London, 27. Juli. Aus Belfast wird gemeldet: Die irischen Truppen haben Westford und Newport genommen. Eine Anzahl bewaffneter Leute brachte an der Umfassungsmauer des Gefängnisses von Dundal eine Mine zur Explosion. Durch die entstandene Breche entwichen 150 politische Gefangene.

Dublin, 27. Juli. (Reuter.) Eine Wache des National-Heeres fiel in Galway in einer Hinterhalt. Die irregulären Truppen töteten einen Soldaten, einer wurde verwundet.

London, 28. Juli (Frankfurt-Lorenzberg). Die Rebellen leisteten den Regierungstruppen in Südirland zähen Widerstand. Die Kämpfe dauern an, es laufen über sie widersprechende Berichte ein. Die im Westen zersprengten Rebellen rächen sich durch Gewalttätigkeiten und Beschädigungen des öffentlichen Eigentums. So vernichteten sie eine große drahtlose Station der Marconi-Gesellschaft. Die Regierungstruppen nähern sich rasch der Atlantischen Küste.

Die Präsidentenwahl in Argentinien.

Buenos Aires, 28. Juli (Sabas). Kammer und Senat haben Dr. Alvear definitiv zum Präsidenten und Gonzalez zum Vizepräsidenten der Republik Argentinien proklamiert.

Der Londoner Friedenskongreß.

London, 28. Juli.

In der Vormittags Sitzung des Internationalen Friedenskongresses vom 27. Juli wurde die Frage der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas besprochen. Nach einleitenden Ausführungen von Lord Parmoor hielt Pells eine Rede, in der er u. a. sagte, man stehe augenblicklich vor dem Bankrotte fast aller großen Staaten Europas. Er bezweifle, daß irgend etwas Frankreich vor dem Bankrotte retten könne. In Versailles sei der richtige Zeitpunkt dafür gewesen. Frankreich könne nicht mehr erhalten, als das, was zu seiner Wiederherstellung nötig sei, und diese Summe müsse durch eine gemeinschaftliche Anstrengung beschafft werden. Seiner Ansicht nach sei Deutschland imstande und bereit, eine vernünftige Summe für die Wiederherstellung zu leisten.

Sir Thomas B. C. führte aus, der beste Plan würde sein, einen Ausschuß von sachverständigen Juristen außerhalb der Regierungen zu ernennen, die den Versailler Vertrag prüfen und ein Memorandum abfassen sollten, in dem erklärt werden müsse, in welchen Punkten sich der Vertrag von den Präliminarien, die seine Unterlage bilden müßten, unterscheiden.

Siehrank wurde eine Anzahl eingebrachter Entschlüsse angenommen, in denen erklärt wird, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas erfordere folgende Maßnahmen:

1. Die Herabsetzung der Reparationszahlungen auf eine Summe, die dem im Krieg: operierten Materialschaden gutmache und deren Bezahlung von dem deutschen Volk: tränsfugter Weise erzwungen werden könne.
2. Zurückziehung der Besatzungsarmee vom Rhein und Einstellung der hohen Ausgaben, die die Aufrechterhaltung derselben notwendig macht.
3. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland und Wiederherstellung der französischen Bergwerke.
4. Alle Bedingungen, die den Handel und Wandel fördern, wiederherzustellen.
5. Annullierung der gegenseitigen Schulden.
6. Einstellung der Rüstungen durch ein allgemeines Abkommen.
7. Ausgestaltung des Völkerverbundes.
8. Beschaffung einer internationalen Anleihe, damit das Werk der Wiederherstellung

ner als in jedem Berlin W.-Haus. Es gab auch keine Tisch- und Rangordnung. Der Präsident sah und sprach mit jedem seiner Gäste, wie es der Zufall mit sich brachte, man wurde vorgeführt oder ließ sich durch einen Bekannten vorstellen. . . das wa. alles gut und richtig und sollte gar nicht anders sein. Aber gerade bei einer solchen Kunstveranstaltung sollte das Kulturelle etwas sorgfamer behandelt sein, gerade weil der Ort repräsentativ ist. Eine kleine Kapelle spielte recht und schlecht meist unpassende Musik, ein Gesangsquartett führte etwas weit weg vom Zweck der Veranstaltung und es fehlte eine repräsentative Darbietung, zu der eine solche Veranstaltung in sich selbst die Verpflichtung trägt. Die mittlere Linie von Zurückhaltung und Sicherheit, auf der sich der Präsident und seine Frau als Gastgeber bewegen, braucht nicht verlassen zu werden. Aber die Republik als solche sollte lernen, die sogenannten Keuschlichkeiten hochzuschätzen, — besonders in Deutschland!

Alle diese Dinge haben natürlich mit Ebert als Person nichts zu tun. Was hier gesagt ist, gilt für ihn und für jeden anderen Präsidenten. Die Wahl des endgültigen Präsidenten wird vielleicht schon im Winter erfolgen. Das ganze Volk wird zum erstenmal auf deutschem Boden zur Urne schreiten und durch seine Stimme wird jeder entscheiden, wer dort in Deutschland auf fünf Jahre stehen soll, wo einst der Kaiser mit seinem väterlichen Glanze geherrscht hat. Eine solche Wahl wird dem künftigen Präsidenten mehr Prestige geben, als der Präsident bisher gehabt hat. Möge dann die Republik gelernt haben, durch eine einfache aber schöne Form der Repräsentanz der Welt zu zeigen, daß sie ist und daß sie auch bereits eine Würde hat!

Felix Stöflinger.

und blutigen Orgien der römischen, der feudalen Macht. Aber nach einem literarischen Empfang bei Ebert, oder wenn man gesehen hat, wie Ebert in den Staatsbühnen, sowie es nicht ward, sich gleich in den Hintergrund der Loge zurückzieht, um die nationalistischen Herrschaften nicht zu verlegen, erkennt man die Dringlichkeit, die republikanische Stellung zu stärken, indem man die Präsidentschaft mit einer höheren und festlichen Macht (das heißt nicht einfach mehr Gold und Geld ausgeben) umkleidet.

Der Hauptmannempfang bei Ebert versammelte etwa zweihundert Berliner Dichter, Schriftsteller, Theaterkritiker, Schauspieler, Vertreter der Bühnengenossenschaft, Verleger, Industrielle, deren kulturelle Interessen bekannt sind. Es waren die anerkanntesten Persönlichkeiten ihres Faches und niemand war wegen seiner Klasse, seiner Rasse, seiner politischen Stellung übergangen worden. In demselben Garten, wo man einst ohne Orden überhaupt nicht, in Zivil nur sehr sehr schwer erscheinen konnte, trafen sich Menschen, die man zur Berliner Boheme rechnen kann und die vorher nie hoffähig geworden waren, weil sie mehr Intelligenz verkörperten, als eine Hohenzollerndynastie in sechs aufeinander folgenden Generationen. Ebert hielt im Halbkreis seiner Gäste vom tiefen Rafen des Parzes aus eine Ansprache, die zwar mit keinem Worte verriet, daß der Sprecher ein persönliches Verhältnis zu den Werken des Dichters hat, aber der Pflicht staatlicher Repräsentanz vollumfänglich genügte. Umso weniger scheint mir der Stil des Ganzen der republikanischen Repräsentanz zu genügen. Die Einfachheit der Bewirtung kann und soll bestehen bleiben. Man holte sich von Tisch zu Tisch, der sehr gut zubereitet war, dazu gab es einen einfachen Streusendstücken und Weißbrot mit Butter — alles bis zum Rauchablass bescheiden-

Europas in möglichst kurzer Frist beendet werden könne.

9. Durchsicht aller Friedensverträge durch den Völkerbund.

10. Jede Nation muß das Recht, daß das russische Volk sich selbst in seiner eigenen Weise regiere, anerkennen. Das russische Volk muß seine Vorkriegsschulden anerkennen.

11. Die Gewährung ausreichenden finanziellen Beistandes für das russische Volk, damit es in den Stand gesetzt wird, die ihm durch den Krieg und vor allem nach dem Kriege zugefügten Schäden wieder gutzumachen.

Eine Rede Lord Cecil's.

In der Sitzung des Friedenskongresses am Donnerstag Nachmittag wurde die Frage des Völkerbundes behandelt. Lord Robert Cecil trat in seiner Rede für eine Verstärkung der Autorität des Bundes ein. Solange die Reparationsfrage nicht geregelt sei, könne von einer Wiederherstellung des Friedens in Europa nicht die Rede sein. Diese Frage vergifte die ganze internationale Atmosphäre. Solange der Völkerbund eine so wichtige Frage außerhalb seiner Erörterungen lasse, sei er noch immer nicht im Besitze seiner vollen Machtbefugnisse. Gewiß könne der Völkerbund es nicht unternehmen, sich mit dieser Frage zu befassen, wenn er nicht von einer oder von allen der hauptsächlich interessierten Mächte dazu aufgefordert würde, aber es sei endlich Zeit, zu überlegen, ob nicht die Zeit dazu gekommen sei. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund würde einen großen Fortschritt bedeuten und es sei wichtig, daß sich die britische Regierung für diese Politik erkläre. Deutschland könnte, um zu beweisen, daß es für den Frieden der Welt arbeiten will, nichts Besseres tun, als Mitglied des Bundes zu werden. Der Kongress sprach hierauf in einer Entscheidung die Hoffnung aus, daß Deutschland ein erfolgreiches Gesuch um Zulassung zum Völkerbunde stellen werde.

Die Gefängnisse in Sowjetrußland.

Im Mai dieses Jahres wurde in der gesamten Presse die Nachricht veröffentlicht, daß nach den Angaben des russischen Justizkommissariates in den letzten vier Monaten zirke 60 Prozent aller politischen Gefangenen auf die sozialistischen Parteien und 15 Prozent auf die „parteilosen“ Arbeiter entfallen. Danach rekrutieren sich also drei Viertel aller politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Sowjetregierung aus Angehörigen der sozialistischen Parteien und der eng mit ihnen verknüpften Schichten des Proletariats. Der größte Teil der Inhaftierten der russischen Gefängnisse besteht aus Proletariern, die nicht wegen irgendwelcher Verbrechen, sondern wegen ihrer abweichenden politischen Anschauungen oder ihrer Zugehörigkeit zu den sozialistischen Parteien von der Regierung verfolgt werden.

Wie leben diese viele Tausende russischer Gefangener? Aufschluß darüber gibt uns der soeben veröffentlichte offizielle Bericht des russischen Justizkommissariates über den Stand des Gefängniswesens im Jahre 1921. Danach hat die Zahl der Gefangenen im Berichtsjahre zugenommen; sie belief sich zum 1. November 1921 auf 73.194. (In dieser Zahl sind gemeinsam politische und Kriminalgefangene enthalten.) Die Gefängnisse sind überfüllt. In vielen Gefängnissen entfallen auf je 100 Plätze 250 bis 300 Gefangene. Obwohl die Gefangenen selbst das Heimaterial für die Gefängnisse beschaffen, ist ein solcher Mangel an Heizstoffen zu verzeichnen, daß viele Gefängnisse nicht geheizt und das Essen für die Gefangenen nicht zubereitet werden konnte. Die Gefangenen gehen in Lumpen, weil die alten Vorräte an Kleidern und Wäsche zum Teil aufgebraucht, zum Teil vom Militärarrest für die Armee requiriert worden sind. Die hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen spotten jeder Beschreibung, da weder Seife noch Arzneimittel für die Gefangenen beschafft werden können.

An Gefängnispersonal herrscht nach dem amtlichen Bericht ein solcher Mangel, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, einen Teil der Gefangenen zur Ausübung der Verwaltungs- und Bewachungsfunktionen heranzuziehen! Aus welchen Kreisen sich diese Gefangenen rekrutieren, ist kein Geheimnis. Es sind Kommunisten, die wegen schwerer Verbrechen eingesperrt werden mußten, jetzt aber an den übrigen Gefangenen ihr Mitleiden fühlen können.

Fast die Hälfte aller Gefangenen (47 Prozent) sind Untersuchungsgefangene. Charakteristisch ist ferner, daß fast zwei Drittel (61,4 Prozent) der Gefangenen der Ausnahmjustiz (der Tscheka und der revolutionären Tribunale) unterstellt sind. Je weiter von den Hauptstädten, desto größer ist die Rolle der Tscheka, desto mehr Gefangene sind der Willkür dieses Terrorinstitutes ausgeliefert.

Das Grauenhafteste ist aber folgendes: Die Regierung ist außerstande, die Gefangenen auch nur notdürftig zu ernähren! Es ist nur die Hälfte der vorgesehenen Hungerrationen bewilligt worden, aber auch diese Rationen sind nur zum Teil und sehr unregelmäßig geliefert worden. Seit dem Frühjahr 1921 ist nach den Worten des amtlichen Berichtes, in allen Gefängnissen außer einem halben, ja selbst einem Viertelpfund Brot (pro Tag und Gefangenen) nichts geliefert worden! Die Folgen dieser grauenhaften Wirtschaft werden von der Tageschronik registriert: Im Gefängnis zu Ufa starben täglich sieben bis elf Personen an Erschöpfung; im Gefängnis zu Buzuluk zeigt sich bei den Gefangenen infolge des Hungers Verblöbung; in allen Gefängnissen sind zunehmende Krankheiten und Typhusepidemien zu verzeichnen. Und diesem grauenhaften Dasein werden von der Regierung Tausende proletarischer Kämpfer ausgeliefert!

Tages-Neuigkeiten.

Wilhelm will nicht Wilhelm sein. Der Dichter Emil Ludwig hat ein Drama „Die Entlassung“ verfaßt, dessen Stoff der Konflikt zwischen dem ehemaligen Kaiser und Bismarck bildet. Wilhelm hat nun von Holland aus eine einstweilige Verfügung erwirkt, das Drama weder öffentlich aufzuführen, noch in Buchform verbreiten zu lassen. Am Dienstag kam vor dem Landgericht II in Berlin der Einspruch des besagten Schriftstellers Emil Ludwig zur Verhandlung. Der Rechtsvertreter des ehemaligen Kaisers machte geltend, daß die Rolle, die Wilhelm in dem Stück spiele, keine sympathische sei. Was Bismarck im dritten Band seiner Erinnerungen geschrieben habe, könne niemals als Tatsache hingenommen werden, und erst recht nicht sei es anständig, die Person des ehemaligen Kaisers in der Art, wie ihn Bismarck charakterisiert habe, handelnd in einem Drama auftreten zu lassen. Das Werk verstoße gegen die guten Sitten und das Empfinden des deutschen Volkes werde dadurch auf das Schwerste verletzt. Die Aufführung des Dramas und womöglich seine Uebersetzung in fremde Sprachen, namentlich in die französische, würde von unabweisbarer Wirkung sein. Im Theater müßten die wüstensten Ständalgesen zwischen Monarchisten und Republikanern hervorgerufen werden. Das Gericht hat die Urteilsverkündung bis zum 8. August ausgesetzt. Auf die Entscheidung kann man sehr gespannt sein. Es liegt bereits eine Entscheidung des Reichsgerichts vor, nach der sich jede Persönlichkeit ihre künstlerische Darstellung in Wort oder Schrift gefallen lassen muß, sofern dabei die Ehre der betreffenden Person nicht verletzt wird. Emil Ludwig hat in seinem Drama die künstlerische Grenze zweifellos eingehalten. Was in dem Drama an der Person Wilhelm Hohenzollerns unsympathisch berührt, ist nicht das Werk des Dichters, sondern es liegt im Charakter der Person des ehemaligen Kaisers. Wenn sich also Wilhelm gegen eine objektive Darstellung seiner Person wehrt, dann läßt das nur den Schluss zu, daß Wilhelm heute nicht mehr Wilhelm sein möchte.

Das bestrafte Offizierskorps. Exkaiser Wilhelm hat, so las man vor kurzem in allen Zeitungen, seiner großen Bewunderung vor der Tschekoslowakischen Republik baredt Ausdruck verliehen. Wenn er nun noch das Folgende hört, dann wird wohl niemand den Herrn Minister für nationale Verteidigung vor dem „Pour le Merite“ retten: „Bestrafung eines ganzen Offizierskorps. Die gesamten Offiziere des dritten Genieregiments in Komorn unterschrieben ein Gesuch an das Ministerium für nationale Verteidigung, in welchem sie um Befassung eines Kameraden beim Regiment baten. Da dies den militärischen Vorschriften nicht entspricht, wurden sie alle mit Hausarrest bestraft.“ Na Willem, was sagste nu?

„Sexuelle Aufklärung.“ Die Kurzsichtigkeit derer, die der Meinung sind, die Jugend brauche vom Geschlechtsleben nichts zu wissen, beleuchtet hell folgende ausgezeichnete Skizze Hans Schippers-Bremserhoben: „Nach dem Abendessen. — Die beiden Familienoberhäupter haben sich zurückgezogen. Nur die neunzehnjährige Else und der zehnjährige Fritz sind im Zimmer. Else strickt, während der Junge die Zeitung liest. Plötzlich unterbricht er die Stille: „Else, sag mal, was ist denn das: „sexuell?“ Die Jungfrau errödet bis unter die Haarpijen. — „Willst du wohl ruhig sein, wende dich an Mutter, wenn du etwas zu fragen hast.“ — Der Junge geht zur Mutter, die in der Küche am Ofen hantiert. — „Mama, was ist das: „sexuell?“ — „Aber Kindchen!“ — „Bitte, Mama, sage es mir doch.“ — „Du brauchst nicht alles zu wissen.“ — „Wenn du es mir nicht sagen willst, frage ich den Papa.“ — Die Mutter schlägt die Hände zusammen ob dieser Witzbegeirde. — „Ja geh nur, der Papa weiß besser Bescheid.“ — Der Vater sitzt im Lehnstuhl am Fenster und raucht. Der Knabe geht zu ihm hin und sagt: „Papa, was ist das: sexuell? Mama und Else wollen es mir nicht sagen.“ Der Vater nimmt jäh die Pfeife aus dem Mund. „Sexuell? . . . Komm mal her. Sieh mich mal an. So: wenn du ungeratener Bengel noch einmal das Wort „sexuell“ sagst, kriegst du 'ne gehörige Tracht Prügel. Verstanden? und nun, marsch ins Bett!“ — Else weinend verließ das „ausgelärrte“ Kind den Raum.“

Eine traurige Statistik. Die über das Jahr 1921 herausgegebene Statistik der Unglücksfälle im Ostrauer Kohlenrevier weist 2341 schwere Unglücksfälle auf, bei denen 2349 Personen schwer verletzt wurden. Tödliche Unglücksfälle gab es 41, bei denen 43 Personen den Tod fanden. Von 2341 Unglücksfällen ereigneten sich 2240 in den Gruben (2247 Schwerverletzte) und 66 in den Stollen (zwei Todesfälle). Nach dieser Statistik entfallen daher auf 1260 Bergleute ein Toter und 27 Schwerverletzte. Noch schrecklicher wirkt die Statistik, wenn man bedenkt, daß somit auf jede Arbeitswoche ein Toter und sechs Schwerverletzte entfallen. Dabei aber ereignete sich im Jahre 1921 im Ostrauer Revier kein Explosionsunglück, wodurch die Zahl der Opfer eine ungeheurere geworden wäre.

Dem Tschekischen Pressebureau haben es die Hundstage angetan, denn seine Informationen sind in der letzten Zeit in manchen Fällen jenem in der Gurlenzzeit so beliebten Tiere ähnlich geworden, das man Grubenhund oder Zeitungsgente nennt. So wußte dieses Bureau in den letzten Tagen davon zu berichten, daß Rhemal Pascha ermordet wurde; einige Blätter machten aus dieser Meldung eine Sensation, um ihre eintönigen Spalten zu beleben, berichteten alles Wissens-

werte über diesen Mann und dann — war es Djemal Pascha oder vielleicht irgend ein Pascha, der ermordet wurde. — In anderen Fällen machte das Tschekische Pressebureau die Blätter mit der Nachricht unsicher, daß in Italien ein Sozialist Ministerpräsident werden soll. Es war aber nur ein Klerikaler, den dieses Bureau zum „Sozialistenführer“ gestempelt hatte. Öffentlich wird sich das Tschekische Pressebureau die beiden letzten Entlassungen zu Herzen nehmen und wird sich in Zukunft nicht allzusehr mit dem Fabrizieren von Hundstagen abgeben, da derselbe Geflügel ungenießbar ist.

Wie Frankreich der Entvölkerung abhelfen will. Wie man weiß, ist Frankreich schon längst infolge der sinkenden Geburtenzahl von Entvölkerung bedroht. Noch nie zuvor hat aber eine Volkszählung so beunruhigende Ziffern aufgewiesen, wie die vom Jahre 1921, deren Ergebnisse soeben veröffentlicht worden sind und eine Gesamtbevölkerung von nur 39,2 Millionen Seelen zeigen. Die Volkszählung zeigt weiter, daß in Frankreich die Geburten die Sterbefälle nur um 140.000 jährlich übersteigen, gegenüber 500.000 in England und 800.000 in Deutschland. Noch schlimmer ist aber, daß bei weiterem Sinken der Geburtenziffer in dem seit dem Kriege beobachteten Ausmaß schon im Jahre 1925 die Zahl der Todesfälle die der Geburten um mehrere Hunderttausend übersteigen wird, was die Gefahr des Aussterbens der Nation in bedrohlichste Nähe rückt. Auch die eifrigste Propaganda zur Vermehrung der Kinderzahl, die die Franzosen betrieben haben, hat nichts genützt, und nun plant man, Kinder, hauptsächlich Knaben, aus anderen Ländern zu „importieren“, einmal, um dem Lande neues Blut zuzuführen, dann aber, um der Entvölkerung Einhalt zu tun. Schon in den letzten Jahren sind aus den norddeutschen östlichen Ländern zahlreiche kleine Kinder, von denen die meisten kaum über zwei Jahre alt waren, übernommen worden, aber bisher nur aus Wohlthätigkeitsgründen, um diese Kinder vom Hungertode zu retten. Erst neulich wurden tausend polnische Kinder auf die französischen Landorte verteilt. Gegenwärtig warten in Konstantinopel zweitausend kleine Russen darauf, nach Frankreich verpflanzt zu werden. Dagegen haben aber jetzt unerwarteter Weise die orthodoxen Priester Einspruch erhoben, mit der Begründung, Frankreich beleieme sich nicht zur griechisch-katholischen Lehre. Aber auch im Lande selbst melden sich Gegner gegen den „Kinderimport“ im Großen. Man befürchtet, durch den fremden Einschlag einen Zuwachs, der die Rasse ungünstig beeinflusst. Die Anhänger der Idee, die etwa eine Million Kinder nach Frankreich verpflanzen möchten, betonen dagegen, die französische Kultur sei im Laufe der Jahrhunderte Einflüssen und Strömungen der verschiedensten Art unterworfen gewesen, ohne daß dadurch der typische französische Art und Kultur Abbruch getan worden sei.

Eine Ausstellung: „Der Hunger in Rußland.“ Stockholm, 28. Juli. Es wird mitgeteilt, daß in die nächsten Tagen in Stockholm eine Ausstellung „Der Hunger in Rußland“ eröffnet werden wird. Die Ausstellung organisiert der Vertreter Sowjetrußlands in Schweden Prof. Aleksandrow, der kürzlich von einer Reise durch die Hungergebiete zurückgekehrt ist.

Der Prozeß wegen der Ermordung Rathenau's. Berlin, 28. Juli (Wolff, amtl.). Die Verhandlung in der Morbsache Rathenau wird voraussichtlich im Monate September vor dem Staatsgerichtshofe in Leipzig stattfinden.

Ein Prozeß wegen Gotteslästerung beginnt am 9. August vor der 2. Strafkammer in Duisburg gegen den Vorsitzenden des proletarischen Freidenkervereins Hamborn (Mhd.). Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist eine Theatervorstellung, die der Freidenkerverein in Hamborn veranstaltete. Aufgeführt wurde das pazifistische und antimilitaristische Bühnenwerk „Menschenschacher“ von Taver. Das Werk wurde bei der Uraufführung und auch in Hamborn „Gott und die Hure“ genannt; der Titel wurde dann, weil das Werk schwerster Verfolgung ausgesetzt war, „Menschenschacher“ genannt. In der Ankündigung unter dem ersten Titel erblickt die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der „Gotteslästerung“!

Deutsche Offiziere wegen Nord vor einem belgischen Gericht. Gestern begann vor dem Schwurgerichtshofe von Brügge der Prozeß gegen zwei frühere Offiziere der deutschen Garde, gegen den Baron von Wager n-Ridnolt und den Prinzen August von Stolberg. Jener ist des Mordes während der Besetzung dieser wegen Beihilfe zum Mord beschuldigt.

Die deutsche Nonnenzucht im Böhmerwald. Es handelt sich nicht um Klosterfrauen, sondern um den Waldschilling „Nonne“, welcher im Böhmerwald wie in vielen anderen Waldgebieten Mitteleuropas ungeheure Schäden verursacht. Das man aber erst jetzt daraufkommen ist, daß die Nonne ein deutsches nationales Tier ist, muß ernstlich bedauert werden. Und doch ist es so. Das „Ceste Slovo“ bringt einen „Originalbericht“, welcher endlich die fürchterliche Verbreitung der Nonne aufklärt. Die Nonne wird nämlich nach diesem Berichte von den deutschen Waldbauern im Böhmerwald künstlich gezüchtet, damit der Wald abgeholzt werden kann. Wir trauern ja den deutschen Waldbauern alles schlechte zu, aber es scheint uns doch, daß im „Ceste Slovo“ diesmal eine echte chauvinistische Ente „künstlich gezüchtet“ wurde.

4000 deutsche Zeitungen sind, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, bis heute der ungeheueren Wirtschaftskrise und Teuerung in Deutschland zum Opfer gefallen. Allein seit dem 1. Juli mußten 200 Zeitungen das Erscheinen einstellen.

Eine neue Petroleumquelle wurde dieser Tage in Abell in der Slowakei erbohrt. Im Laufe von sieben Stunden ergab die Quelle 90 Liter Petroleum; der Druck, mit dem das Öl zu Tage gefördert wurde, war so stark, daß das Öl 35 Meter hoch gesprudelt wurde.

Der Nord in Polna. Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich bei der Ermordung der Marie Bylik bei Polna jedenfalls um einen Raubmord, denn es wurde festgestellt, daß dem Mädchen außer der ganzen Kleidung auch 150 K geraubt wurden.

20.000 Eisenbahnbedienstete aus Ungarn ausgewiesen. Wie die „Korona“ meldet, sollen aus Ungarn 20.000 Eisenbahnbedienstete, die nach der Tschekoslowakei zuständig sind, ausgewiesen werden. Das ungarische Eisenbahnministerium will diese Stellen für die entlassenen Soldaten und Offiziere verwenden. Wir müssen die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung dem genannten Blatte überlassen, denn wir können nicht annehmen, daß man so ohne weiteres 20.000 Personen und ihre Familien brotlos machen will.

Die Teuerungswelle in Wien. Durch die fortschreitende Teuerung sind in Wien auch die Preise der Zeitungen neuerlich in die Höhe gegangen. So wird ab 1. August eine Arbeiterzeitung 140 Kronen, und eine „Neue Freie Presse“ 200 Kronen kosten. Die neuerliche Erhöhung der Post- und Telegraphentarife in Wien bringt es mit sich, daß nun ein Telefongespräch zwischen Wien und Karlsbad 19.800 Kronen kosten wird.

Unzeitgemäße Aufregung. Bei dem Arbeiter-Turnfeste in Leipzig wurde den tschekischen Arbeiterturnern beim Abschiede das „Ade domov muj“ gespielt. Die „Tribuna“ berichtet diese Tatsache und stellt die Frage, was in Eger oder Komotau geschehen würde, wenn man dort die tschekische Nationalhymne spielen würde.

Eine Wohnung in der Leichenkammer! In der Gemeinde Tuchomerik bei Prag wurde von der Bäuerin Kollmistr die Familie des Arbeiters Benzel Belar aus der Wohnung gekündigt. Belar hat eine kranke Frau und ist Vater von drei unmündigen Kindern. Da er nun ohne Wohnung war, wurde an den Bürgermeister der Ortschaft die Aufforderung gerichtet, Belar irgendwo unterzubringen. Der Bürgermeister, ein gewisser Cermak, befahl nun, daß man die obdachlose Familie in der Leichenkammer des Ortschaftshofes unterbringe. Ueber Aufforderung der politischen Bezirksverwaltung, diesem durch die Unterbringung einer Familie in einer Leichenkammer hervorgerufenen unerhörtem Skandal ein Ende zu machen, erklärte der fürsorgliche Bürgermeister, daß er die Familie nicht anderswo unterbringen könne. In der Ortschaft aber stehen, wie das „Rube Pravo“ meldet, zwei Willen des dortigen Großgrundbesizers vollständig unbewohnt. Das Vorgehen dieses unmenschlichen Bürgermeisters würde die Aufmerksamkeit der betuften Stellen verdienen.

Neues Kleingeld. In der Kremnitzer staatlichen Münzwerkstätte hat man, wie der „Cas“ meldet, mit der Prägung neuer Zehn-, Fünf- und Zweihellerstücke begonnen. Die neuen Münzen enthalten 92 Prozent Kupfer und acht Prozent Zink. Auf der einen Seite tragen sie das Wappen der Republik, auf der andern Seite die Wertziffer.

Bandenunwesen in Oberschlesien. Am Sonntag fand in Ratowitz ein Verbrüderungsfest und eine Demonstrationsversammlung der P. S. S. statt. Aus allen Teilen der Umgebung kamen die Festteilnehmer in Sonderzügen in die Stadt herein. Einer dieser Züge wurde in der Nähe von Goczalowitz von 50 mit Knütteln bewaffneten Korfanth-Anhängern überfallen. Die Räuberbande brachte den Zug zum Stehen, riß die Waggontüren auf und bedrohte die Zuginsassen. Hinter Plek wiederholte sich dasselbe Manöver. In Ratowitz selbst versuchten neuerdings Korfanthaner die angelegten Demonstrationsteilnehmer zu zerstreuen, mußten hier aber der vereinigten Macht der P. S. S.-Anhänger weichen. Bei der Demonstration am Hauptplatz wurden den Demonstranten einige rote Fahnen schwer beschädigt. Bei den ganzen Zwischenfällen sah die Polizei untätig zu.

Eindbruch in das Postamt in Rojeteln. Mittwoch drangen unbekannte Eindrehler in das Rojetelner Postamt ein und entwendeten 10.000 K im baren und für 10.000 K Marken. Nach den Eindrehern wird gefahndet.

Kleine Chronik.

Ein Nord in Berlin. Montag nachmittag erschlug in Berlin eine gewisse Klara Brind ihren Mann mit der Gabel und ging hierauf zu ihren Verwandten. Als sie nach Hause zurückkam und ihren Mann tot auffand, stellte sie sich selbst. Brind war ein notorischer Käufer und soll seine Frau am Montag mit einem Messer bedroht haben.

Ueberfall durch eine Räuberbande im Hultschiner Ländchen. Das Gehöft des Bauern Suchanka wurde vor einigen Tagen von drei bewaffneten Männern überfallen, die die Bewohner bedrohten und das ganze Inventar wegschleppten, ohne sich um die Bewohner, die sie an die Betten angebunden hatten, weiter zu kümmern. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Erdbitter in Spanien. In Granada wurde eine Erdbitterung verspürt, welche eine Panik hervorrief, aber keine Schäden verursachte.

Ueberschwemmungen in Nordchina. Wie die „Daily Mail“ aus Peking meldet, hätten große Ueberschwemmungen die Ernte in Nordchina vernichtet. In Peking selbst wurden 1800 Häuser durch die Ueberschwemmung zerstört.

Explosionkatastrophe in einem rumänischen M...
In Boesani entstand im Magazin des 3. Genieregimentes infolge der großen Hitze eine Explosion. Sechs Soldaten wurden getötet, zehn verletzt. Der Materialschaden übersteigt vier Millionen. Einige Kasernengebäude wurden demoliert. In der Stadt selbst wurden viele Fensterscheiben zertrümmert.

Bergarbeitertod. Dortmund, 28. Juli. Auf der Zeche „Neuwerk“ wurden durch einen Sturz aus dem Förderkorb fünf Bergleute getötet, sieben Bergleute und drei Beamte verletzt.

Brände in Konstantinopel. In den asiatischen Vorstädten Dardar Pascha und Kadiköi wurden durch einen Brand 250 Häuser vernichtet. Der Schaden wird auf acht Millionen Pfund geschätzt.

Gefahren, leidet und verkränkt die Arbeiterpresse.

Die Bekleidungsaktion für die Staatsangestellten.

Ein Staatsbeamter schreibt uns: Die Kriegszeit wird für die Staatsangestellten, welche auf ihre festen, unanfechtlichen Bezüge angewiesen waren, stets in Erinnerung bleiben. Sie konnten natürlicherweise ihre Einnahmen im Verhältnisse zur steigenden Teuerung nicht erhöhen, sondern mußten sich damit begnügen, was die Wiener Regierungen zu ihren Gunsten gnädigst zu bewilligen gerubten.

Als der Krieg beendet war und der Umsturz erfolgte, standen die Staatsangestellten als Bettler da. Seitdem ist zwar manches geschehen, doch hat dies alles nicht gereicht, damit sich die Staatsangestellten von den aufgebesserten Bezügen wenigstens teilweise die Bekleidung, Beschuhung und Wäsche beschaffen können, und dies deshalb nicht, weil die erwartete Bewilligung der Gebrauchsgüter sich nicht eingestellt hat. Im Gegenteil, die Preise sind stetig gestiegen, so daß die Bezüge, insbesondere der niederen Staatsangestellten, nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse verbraucht wurden.

Als dann im Jahre 1920 die Situation der Staatsangestellten unhaltbar geworden ist und dieselben die Erhöhung der Teuerungszulagen und die Auszahlung gewisser Beträge für die allernotwendigste Bekleidung verlangten, hat die Regierung zwar die Teuerungszulagen erhöht, doch die Auszahlung des geforderten Anschaffungsbeitrages hat sie mit der Begründung nicht bewilligt, daß dies weder für den Staat, noch für die Staatsangestellten vorteilhaft wäre. Die Regierung hat aber durch den Minister Englis verkündet lassen, daß sie 300 Millionen für die sogenannte Bekleidungsaktion borgen werde, durch welche die Staatsangestellten Stoffe und Wäsche auf Kredit bekommen können.

Es war zwar für die Staatsangestelltenorganisationen klar, daß hiedurch kaum geholfen werde, weil wir geahnt haben, daß den Staats-

angestellten der größte Schand angeboten werde. Trotzdem haben wir uns, in der Kenntnis der Notlage der Staatsangestellten, gefast: „Wer etwas notwendig braucht, nehme was man anbietet!“

Leider hat aber niemand erwartet, was für Folgen daraus erwachsen werden. Vor allem war die Qualität der Ware sehr schlecht. In einem halben Jahr waren die Kleider aus diesen Stoffen größtenteils zerrissen. Dann hat auch die Regierung auf die vielen vom Abgeordnetenhaus und Senat angenommenen Resolutionen nicht reagiert, hat auch die Bezüge der Staatsangestellten nicht erhöht, im Gegenteil, die Regierung hat im Dezember 1921 die Bezüge derselben dadurch reduziert, daß die Staatsangestellten zur Zahlung der Steuern und Pensionsabzüge verpflichtet wurden; zudem hat die Regierung einen Erlaß herausgegeben, mittels welchem die Zahlung von zwölf Monatsraten für die Bekleidungsaktion angeordnet wurde.

Nach zwei Monatszahlungen wurde durch das Finanzministerium auf Einschreiten der Staatsbeamtenorganisationen die Zahlung von 20 Monatsraten bewilligt. Bemerkenswert ist nun, daß die Staatsangestellten, kaum, daß sie wenigstens teilweise die notwendigen Bedürfnisse befriedigt hatte, sich um die Stoffe von der Bekleidungsaktion nicht mehr gekümmert hat, weil dieselben nur Haderware waren. Der staatlichen Einkaufsstelle und der Distributionsabteilung blieben eine Unmenge von Stoffen übrig, welche niemand wollte. Die Finanzverwaltung mußte die Preise um 50 bis 70 Prozent herabsetzen.

Mögen nur die Herren von der Regierung einen Blick in die Familien jener Staatsangestellten machen, welche von der Bekleidungsaktion Gebrauch gemacht haben, dann werden sie hören, wie diese die Stunde verwünschen, als sie sich in ihrer Not zur Abnahme dieser Haderware verurteilten. Die Herren mögen die Lagerhäuser der größeren Familien hören, wie diese Monatszahlungen in der heutigen Zeit, wo die Preise der Lebensmittelbedürfnisse nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen sind, die Lage der Staatsangestellten zu einer geradezu verzweifelt machen. Dagegen gibt es nur eine Hilfe: Die Monatszahlungen erlassen und so die Staatsbeamten von dieser qualenden Sorge befreien.

Die Rand-School in New-York. Eine Bildungsstätte für die Arbeiter Amerikas.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die der Sozialismus erfüllen muß, soll einmal die Welt nicht mehr aus Ausbeutern und aus Ausgebeuteten, sondern aus freien, wertschöpfenden Menschen bestehen, gehört die Erziehung der Arbeiter im Sinne des Sozialismus, ihre geistige Ausbildung auf einer Basis, die immer neue Massen seinen großen Gedanken und Zielen zuführt. Eine solche Stätte finden wir in der im Jahre 1906 in New York gegründeten Rand-School für Sozialwissenschaften und es ist gewiß von Interesse, näheres über ihre Organisation zu erfahren.

Durch letztwillige Verfügung von Mrs. Carrie Rand, einer alten Kämpferin der Abstinenzbewegung, gegründet, durch ihre Tochter Mrs. Rand-Herrn weiter unterstützt, entstand hier zum erstenmale in Amerika eine Bildungsstätte, die den Arbeiter befähigen sollte, in seiner freien Zeit Kenntnisse zu erwerben, die ihn selbst in seinem Fortkommen fördern und den großen Idealen des Sozialismus neue Kämpfer und Streiter zuführen sollte. Die Rand-School, die in gleicher Weise Männern wie Frauen zugänglich ist, begann ihre Vorlesungen zuerst in beschränktem

Ausmaß über die wichtigsten Gegenstände wie Geschichte des Sozialismus, Sozialpolitik, Nationalökonomie usw. Allmählich auf breiterer Basis übergehend, entstanden Kurse für die englische Sprache, für Natur- und Geisteswissenschaften, so daß er heute kaum mehr ein Wissensgebiet gibt, in das die Hörer der Rand-School nicht eingeführt werden können. Auch ist die Ausbildung nicht einseitig festgelegt, es wird den Schülern Gelegenheit geboten, auch nichtsozialistische Lehrer zu hören, so daß die Fragen von allen Seiten beleuchtet und die Antworten ihrer eigenen Urteilskraft überlassen werden. Hand in Hand mit der geistigen Ausbildung geht auch die körperliche, in richtiger Erkenntnis dessen, daß gerade der Arbeiter seinem Körper erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden muß, um ihn gesund und widerstandsfähig zu erhalten und so auch zu einem vollen Lebensgenuss zu gelangen. rhytmische Spiele und Tänze fördern diesen Zweck, dem sich auch noch in höchster ökonomischer Entfaltung eine Rhythmik anschließt. Diese legt wieder besonderes Gewicht auf Orchestermusik und Chöre, als wichtige Faktoren zur Erziehung harmonischer Gemeinschaft.

Als Behelf für ihre Studien verfügt die Rand-School über eine ausgedehnte Bibliothek sozialpolitischen Inhalts, sowie auch über andere wertvolle Schriften. Auch Lesefläche stehen ihren Hörern zur Verfügung. Ist aber jemand in der Lage, sich selbst eine kleine Bibliothek anzulegen, so findet er in den von der Rand-School herausgegebenen Werken alles, was ihn interessieren kann, insbesondere Bücher über Probleme des Sozialismus, sowie über andere aktuelle Fragen. Ferner erscheint im Verlage auch das American-Labor-Year-Book (Amerikanisches Arbeitsjahrbuch) mit reichem statistischem Material in bezug auf sozialpolitische, nationalökonomische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Gegenstände. Der Buchhandel gehört zu den Einnahmequellen, die das ständige Defizit decken sollten, insofern dies nicht durch freiwillige Spenden geschieht. Die Lehrer selbst begnügen sich mit einer Minimalentschädigung, finden sie doch in der Begeisterung ihrer Zuhörerschaft, die eins ist mit ihnen im Dienste des Gedankens für Fortschritt und Freiheit, edelsten Lohn. Die Schüler hingegen müssen zu Beginn des Semesters die erste Hälfte des Schulgeldes erlegen, während in der rückständigen Hälfte die zweite Hälfte durch Stipendien von der sozialistischen Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften gedeckt wird. Auch kann der Schüler einen Teil des Schulgeldes ersparen, indem er freiwillig Pfortnerdienste tut.

Da die Kurse die verschiedensten Zusammenstellungen ermöglichen, hat der Schüler vor Beginn des Semesters Gelegenheit, mit dem Direktor in persönlicher Fühlung zu treten und mit ihm seinen Studiengang zu beraten. Die Kurse unterscheiden sich von allem bisherigen dadurch, daß auf alle Wissensbegierigen Rücksicht genommen wird. Es gibt Volksturse für solche, die dem Studium eine Zeit von sechs Monaten widmen können, so für die Arbeiter New Yorks, die dann täglich ihren Feierabend in angestrengter Tätigkeit verbringen oder auch für Leute aus den anderen Staaten, die hier auf Kurzdauer eine provisorische Beschäftigung in der Partei oder einer Gewerkschaft erhalten. Andererseits werden die „zeitweiligen Unterrichtskurse“ im Ablauf von zwei Jahren von November bis Mai gehalten, und zwar so, daß nicht mehr als zwei Abende der Woche, sowie Samstag nachmittags oder Sonntag vormittags, damit ausgefüllt sind. Eine besondere Eigentümlichkeit bilden die dreifachen Kurse. Es wird in einem Brief der Stoff einer Lektion behandelt und mit Schlussfragen sowie einer Bücherliste versehen. Nun folgen zeitweilige Wiederholungsfragen, so daß der Schüler jeder-

zeit imstande ist, den Bestand seines Wissens selbst zu kontrollieren. Auch ist ihm die Möglichkeit geboten, Anfragen zu stellen, so daß ein jeder, sei er noch so weit vom Sitz der Schule entfernt, doch an deren geistigem Leben teilnehmen kann.

Welche große Bedeutung dieser Einrichtung zukommt, zeigt neben dem großen Zuspruch, dessen sie sich erfreut, auch die grimmige Gegnerschaft, die ihr zuteil wird. Als während des Krieges die Reaktion ihre volle Tätigkeit entfaltet, um alle sozialistischen Gedanken soweit als möglich zu unterdrücken, war auch die Rand-School Gegenstand heftigster Angriffe. Nicht nur daß bezahltes Gesindel mit Waffengewalt die Schule zerstören wollte und Spione sie täglich umlagerten, es gelang ihren Feinden sogar, einen gesetzlichen Halt gegen sie zu finden, indem ihr Verlag wegen Druckerlegung und Verbreitung der Schriften von Nearying zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Doch dies alles vermochte nicht ihre Entwicklung zu hemmen. Immer neue Scharen strömten herzu, teilzunehmen an dem gewaltigen Werk, das dem Sieg des Sozialismus, dem Sieg der Menschheit gilt.

Balkenwirtschaft und Sozialpolitik.

Der 29. Juli — ein schwarzer Tag für die Bankangestellten.

Die letzten Julitage bedeuten nicht bloß für die ganze Menschheit die traurige Erinnerung an den Beginn des Weltkrieges, für die Bankbeamten sind sie ein doppelt trauriges Jubiläum. Jahrt sich doch diesmal zum erstenmal der Tag der größten Niederlage der Organisation, wohl eine der schwersten Niederlagen, die die Angestelltenbewegung je erlitten hat. Und da stremt es sich wohl mit einigen Worten dieses großen, wochenlangen Kampfes zu gedenken, der durch Verrat und Streikbruch, trotz musterhaften Verhaltens der Masse verloren ging.

Die ersten Helden waren wohl die Filialdirektoren sowie die Prokuristen der tschechischen Banken und die der Prager Länderbankfiliale, die früher stets, wenn es um ihre Forderungen ging, die Solidarität im Munde führten, die aber keinen Augenblick gezögert haben, den Beuten in den Rücken zu fallen und gegen besondere Remunerationen und Zusicherungen von Avancements Streikbrecherdienste zu leisten. Aber dabei stehen es diese Herren nicht bewenden, zahllos waren ihre Bemühungen, auch unter den Beamten Streikbrecher zu lapern, in den Wohnungen und auf der Schwimmschule, auf der Straße und selbst in Streikversammlungen trieben sich diese Kavaliere und ihre Helfershelfer herum, nur um die Beamten um ihr letztes Recht zu bringen und statt dessen eigene Vorteile zu gewinnen.

Nur so konnte es kommen, daß namentlich in den tschechischen Instituten — insbesondere unter dem Druck der bürgerlichen Presse, wobei die „Bohemia“ den „Rozhodni Listy“ würdig sekundierte, — doch eine Anzahl nicht widersehen konnte und damit den Banken zum Siege verhelfen. Es darf niemals vergessen werden, wie sich damals die Sieger verhalten haben, die bei den Verhandlungen durch ihren Sprecher, den bekannten Vaudirektor Preich, das Benehmen von Gentlemen zugesichert haben. Hunderte von Entlassungen, zahllose Restriktionen der Bezüge, Währungsregelungen der Vertrauensmänner und eine wüste Agitation gegen die Gewerkschaft, das waren die Merkmale des Sieges. Auf diese Weise hoffte man die Organisation niederzuringen, auf diese Weise hoffte man den „Verrat im Hause“ zu erreichen. Die Niederlage im Kampfe um sittliche Rechte sollte, nach dem Willen der Unternehmer, zugleich den Niederbruch des gewerkschaftlichen Gedankens bedeuten. Doch diese Hoffnungen der Direktoren sind zerschanden ge-

Erwekung. (7)

Ein Roman von César Maurus Fontana.

Die Züge, die gingen, waren voll mit gepökelten Schweinen, schon verpackt und verkaufsbereit in den verzinsten... Weißblechbüchsen der Stonefisher Company.

Das sah ich drei Jahre und vier Monate jeden Tag in der Frühe, wenn ich zur Arbeit ging, jeden Tag am Abend, wenn ich von der Arbeit ging. Ich sagte schon, es ging mir gut, ich hatte nicht zu klagen. Ich muß es noch einmal sagen, weil es sehr wahr ist.

Er unterbrach sich, schlopfte tief Atem, sah ins Leere mit dem Blick eines geschlagenen und getretenen Esels, demütig, sanft und leidend. Begouja schenkte ihm Wein ein, aber er trank nicht, erzählte weiter.

„Wie das anders wurde, weiß ich nicht mehr ganz genau. Angefangen aber hat es so: Wir hatten unter den Arbeitern der Schlächtereien einen Rufsen. Er wurde, erinnere ich mich, im Verpackungsaum verwendet. Er war einmal ein Mönch gewesen oder so was, glaube ich. Er kümmernte sich um nichts in Chicago und verrichtete still und langsam seine kleinen Arbeiten. Aber am Abend, wenn wir alle müde waren — und wir waren entsetzlich müde von der immer gleichen Handbewegung, die ein jeder von uns machen mußte, von dem Geruch des Blutes und dem Geschrei der zum Sterben geschleppten Tiere — erzählte er uns von dem Reiche Gottes, das einmal kommen werde. Keine Diener, keine Herren, alle Brüder. Wir waren müde, wir hörten zu, und wenn wir ihm vielleicht auch nicht jede seiner Phrophezeungen glaubten, so war es doch schön und löste die Müdigkeit, zu hören, zu hoffen, daß einmal auf Erden Himmel sein werde. Wir liebten ihn. Es waren alle Nationen in Stones Schlächtereien, und

alle Nationen hörten den russischen Mönch am Abend reden. Zuerst waren es nur ein paar gewesen, die ihm zuhörten, aber dann kamen mehr, und schließlich waren es alle, die zuhören wollten. Es war sehr schön und, wäre es so geblieben, mein Leben wäre vielleicht anders geworden.“

Er schloß die Augen. Als er sie aufschlug, glänzte Schweiß in ihnen.

„Ich sagte es schon, der Russe tat nichts als vom Reiche Gottes zu reden. Er tat niemand was zuleide und war wie ein kleines Kind, so ungefährlich. Ich weiß nicht, was Benjamin Stone einfiel, ich glaube, er wußte nichts davon und es war so ein Angestellter aus den zahlreichen Kanzleien, der es in seinem Namen tun konnte — dem Russen wurde das Reden verboten. Er wollte gehorchen. Aber das litt keiner von uns. Am selben Abend noch redete er zu uns allen. So schön wie nachher niemals wieder. Daraufhin wurde er entlassen. Und nun kam es Schlag auf Schlag. Da erfuhr ich zum ersten Male, wie reich Reichtum und wie arm Armut ist, wer das Reich Gottes auf Erden verhindert und den Himmel nicht aus den Wolken zu uns läßt. Wir legten die Arbeit nieder, erklärten, wir werden nicht eher in Stones Schlachthäuser gehen, ehe nicht der Russe wieder aufgenommen sei. Es war eine Kleinigkeit für Stone, es war eine lächerlichkeit. Was war in diesem Betrieb ein Pader, der durch die Vordringlichkeit irgendeines Inspektors entlassen worden war? Benjamin Stone brauchte nur die Feder einzutauschen, nur seinen Namen zu schreiben und alles war gut, die Gerechtigkeit gerettet. Aber Benjamin Stone gab nicht nach, er wollte vor seinen Schlächtern und Paderen nicht weichen. Wir blieben im Ausstand, wir wurden unterstützt von den Arbeitern ganz Amerikas. Ein Monat ging, ein zweiter, ein dritter — auf einmal war es ein halbes Jahr. In Stones Schlächtereien ruhte die Arbeit. Unsere Mittel waren aufgebraucht, erster Hunger nagte an uns. Da kam es, daß der Russe

nicht länger mehr die Not seiner Kameraden mit ansehen wollte und zu Stone bitten ging. Er selber wollte fort, aber alle Arbeiter seien wieder einzustellen. Stone sagte: Ja, aber mit niederen Löhnen. Es war Uebermut, er fühlte uns schmach werden, er wollte uns leiden lassen, wie groß er sei, wie klein wir. Ein Wutschrei: Der Russe und die alten Löhne müssen bleiben — das war unsere Antwort, als der arme Mönch uns zitternd von seinem Besuch beim Milliardär erzählte. Und der Kampf ging weiter, einen Monat, noch einen und wieder einen — und es war ein Jahr. Ein Jahr, daß in Stones Schlächtereien nichts mehr geschlagen wurde, ein Jahr, daß wir mühsig waren und von dem Unseren leben mußten. Und wären wir auch ausgewandert, nach Frisco oder Baltimore — das war die hoffbarste Macht des Reiches — kein Betrieb, keine Fabrik in ganz Amerika hätte einen von uns aufgenommen. Wir waren ausgeperrt. Das hatten die Herren unter sich ausgemacht. Wir waren am Ende unserer Kraft. Skelette in Lumpen. Der Krieg mit Benjamin Stone ging weiter. Es war kein Friedeschließen mehr denkbar, nur noch Kampf zwischen uns und dem Milliardär. Wir hungerten. Er fuhr im Auto durch die Stadt, täglich. Wir sahen sein gelbes Automobil durch unsere Straßen jagen, wie es ihn von seiner Villa in die Bureaus der Stonefisher Company brachte. Immer um zehn Uhr gestellte seine Hupe mit einem Jägersignal in unserem Viertel. Er war stolz, er bog nicht an unseren Häusern vorbei, fuhr mitten durch unsere Gassen. An einem Morgen im Februar — es war Rebel und kalt, standen wir alle auf der Straße. Niemand hatte uns gerufen, gesammelt, wir standen da. Wir sprachen nicht, aber ein jeder von uns wußte, weshalb wir da standen. Als das Automobil Stones kam, warfen wir uns ihm entgegen, die Weiber voran, die Summträder sprangen über Leib, über Ärmel niedergeworfener Körper, aber endlich war es ein Hügel, das Auto konnte

nicht weiter, stand. Wir zogen Benjamin Stone aus dem Wagen. Er war ein alter Mann von siebzig Jahren. Ich sah ihn damals zum erstenmal genau. Er hatte schöne weiße Haare, ganz blaue Augen und so schimmernde Zähne, wie ich sie nie mehr sah. Er stand im Wagen, er hatte sich ausgerichtet und erwartete uns so. Er hatte keine Waffe in den Händen, nichts. Sie stakten in weißen Handschuhen. Dessen kann ich mich genau erinnern. Er sah uns an. Einen Augenblick stotterte wir, dann rissen wir ihn an uns. Bis dahin war alles ganz still geschehen, als wären alle stumm gewesen. Jetzt aber scholl ein Gebell von Stämmen, die nicht mehr von Frauen und Männern zu kommen schienen. Es fuhr mir kalt über den Rücken, als ich sie und mich so schreien und johlen horte, und ich ließ die Harpune fallen, die ich unter dem Rock verborgen gehalten hatte. Es war die Harpune, mit der ich Stones Schweine mit einem Stich tot gemacht hatte. Die Harpune kam hoch. Stone sah sie und seine blauen Augen wurden groß und hart, als wäre kein Leben in ihnen und sie Stein. Dann fuhr die Harpune in ihn, er sank um, war augenblicklich tot wie ein seiner Schweine. Und so behandelten sie ihn. Sie zerrissen seinen Körper, sie taten mit ihm die Verrichtungen, die ein jeder in der Schlächtereie gelernt hatte, sie waren dabei, auch aus ihm Stones Bäckfleisch zu machen. Dann kam die Milch. Schulleute ritten in uns hinein, einer hieb mich in den rechten Arm. Ich verlor die Besinnung. Ich erwachte im Spital des Gefängnisses. Der Säbelhieb hatte den Nerv durchhauen, der Arm verdorrte. Was dann kam?“

César lächelte leise und schwieg. Dann fuhr er fort, wieder in seinem ruhigen, teilnahmslosen Ton.

„In den Schlächtereien der Stonefisher Company wurden wieder Schweine gestochen. Es war alles, als ob nichts gewesen wäre.“ (Fortsetzung folgt.)

worden, da die große Masse der Beamten den Organisationen treu blieb, und auch die versuchte Gründung von gelben „Klubs“ war vergeblich. Zu gut wissen die Bankbeamten, daß ihre einzige Rettung in der freien Gewerkschaft gelegen ist und daß ein 29. Juli 1921 niemals eine Wiederholung finden darf!

Ein hohnsprechendes Urteil der Arnauer Schiedskommission.

Die bisherigen Urteile der Schiedskommissionen für Betriebsausschüsse haben gezeigt, in welchem Geiste zum großen Teil die „unparteiischen“ Vorsitzenden und Beisitzer derselben die Rechtsprechung handhaben. Was aber in Arnau geschehen ist, das setzt aller Achtung der Rechtspflege die Krone auf.

Bei der Firma Eichmann u. Komp. Papierfabrik in Arnau sind annähernd 800 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes war bis vor kurzem vollständig im Verbanne der gemischten Arbeiter (Sitz Aussen) organisiert, erst in letzter Zeit hat man es fertig gebracht, eine deutsch-sozialistische Organisation ins Leben zu rufen, welche es auf 28 Mitglieder gebracht hat. Es kamen die Betriebsausschüsse wählen. Außer unserer Liste brachten auch die Deutschsozialen eine Liste ein, welche aber vom Wahlschuss wegen verschiedener Mängel zurückgewiesen wurde. Ohne daß diese Mängel gänzlich behoben wurden, wurde die Liste nochmals überreicht, und dann endgültig vom Wahlschuss für ungültig erklärt. Es wurde somit nur eine rechtsphlegmatische Liste eingebracht und daher von einer Wahl Abstand genommen. Gegen dieses vollständig korrekte Vorgehen des Wahlschusses wurde von den Deutschsozialen die Schiedskommission angerufen, um die Wahl für ungültig zu erklären.

Sehen wir zunächst einmal die „partitische“ Zusammenfassung des Senats an, wir werden dann auch sofort das absurde Urteil begreiflich finden. Der den Vorsitz führende Landgerichtsrat ist uns bis heute den Beweis sozialen Verständnisses schuldig geblieben und wir hoffen auch nicht auf eine diesbezügliche Besserung. Die beiden Vertreter der Unternehmer sind auch nicht dazu angehen, uns Verzeihen einzusüßen. Der eine, ein Unternehmenssekretär, hat natürlich die größte Freude daran, daß die Arbeiterschaft uneinig ist, und der andere ist ein greiser Zentraldirektor. Aber wir haben ja auch der Gerechtigkeit halber zwei Arbeitnehmer in der Kommission. Allerdings ist das so eine eigentümliche Sache. Im Gesetze heißt es, dieselben sollen möglichst dem in Frage kommenden Berufe und der betreffenden Gruppe entnommen sein. Was macht nun der Vorsitzende der Schiedskommission? Trotzdem die freigewerkschaftlichen Papierarbeiter in der Mehrheit in der Kommission als Beisitzer und Erfahrene sitzen, wurde zu dieser Verhandlung ein deutschsozialer Textilarbeiter und ein Buchhalter als Arbeitnehmervertreter in die Kommission geschickt, diese sollen nun das Gegengewicht gegen die Unternehmer und den Helfer stellen.

Nun zum Tatbestand: Es war erwiesen, daß 1. die Kandidatenliste der Deutschsozialen keine vollständige war, was bei bereits stattgefundenen Entscheidungen als unstatthaft erklärt wurde;

2. haben sich bei den notwendigen 30 Unterschriften die Kandidaten selbst mitunterzeichnet, was ebenfalls nach früheren Entscheidungen unzulässig ist und

3. war die Kandidatenliste erst nachträglich auf eine separate Zeichnungsliste angelegt worden, so daß es den Anschein hat, daß ein großer Teil der Unterschriften gar nicht wußte, was sie unterschrieben hatten.

Trotz dieser Mängel erkannte die Schiedskommission auf Annulierung der Wahl im Sinne des Antrages der Deutschsozialen. Das ist demokratische Rechtsprechung! Es erübrigt sich auch nur ein Wort hinzuzufügen. Was wir dazu sagen müßten, würde der Zensur ohnehin streichen, und darum müssen wir schon die Leser ersuchen, sich selbst ein Urteil zu bilden.

Die Krise in den Waggon- und Lokomotivfabriken war Gegenstand einer Enquete, welche gestern auf Anregung der Metallindustrie-Organisationen in Anwesenheit von Vertretern der Arbeiterschaft, der Arbeitgeber und von Vertretern der kompetenten Ministerien stattfand. Die Arbeitgebervertreter verwiesen insbesondere auf die Arbeitslosigkeit, welche sich katastrophal gestaltet, und schlugen Abhilfemaßnahmen vor. Als vorläufige Erleichterung sagte das Eisenbahnministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Vergebung von Reparaturen im Werte von 50 Millionen Kronen zu. Die Vertreter der Organisationen erklärten, daß sie bei der Regierung weitere Schritte unternehmen würden, damit eine größere Bestellung von Personenzugwagen erfolge, welche eine wenigstens teilweise Befundung der Produktion bedeuten würde.

Der Nürnberger Textilarbeiterstreik. Unter dem Vorste des Ministerialrates Sandruvel fanden in Prag am 27. Juli zwischen den streikenden Textilarbeiter von Nürnberg und den Arbeitgebern Verhandlungen statt. Es wurden folgende Vorschläge gemacht: 1. Der Kreisvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und ist erstmalig am 1. Dezember 1922 einmonatlich kündbar. 2. Alle am Streite beteiligten Arbeiter werden wieder eingestellt. 3. Es finden keine Maßregelungen von Arbeitern statt, welche im Zusammenhang mit dem Streik stehen. 4. Das Arbeitsverhältnis ging als nicht gelöst und nicht unterbrochen. 5. Bezüglich des zweiten Lohnabbaues beharren die Unternehmer auf dem Protokoll vom 7. April 1922. Diese Vorschläge werden den streikenden Arbeitern vorgelegt und sie werden darüber zu entscheiden haben.

Steigen der amerikanischen Kohlenpreise. Der amerikanische Kohlenpreis ist infolge des Streiks bereits von 6.45 auf 9 Dollar für die Tonne gestiegen.

Mindestlohn für Handelsangestellte in Norwegen. Das Internationale Arbeitsamt teilt den Text des Gesetzes betreffend den Mindestlohn der Handelsangestellten, daß 1918 ins Leben getreten und bis 1922 verlängert wurde, mit. Das Gesetz erstreckt sich auf Bank- und Versicherungsangestellte. Die Mindestlöhne werden von durch die einzelnen Gemeinden bestellten Lohnämtern bestimmt. Unternehmer und Arbeiter sind im Lohnamt gleich zu vertreten. Der Mindestlohn ist so hoch anzusetzen, daß er entsprechend der Stellung des Angestellten und der örtlichen Verhältnisse zur Deckung seiner Lebenskosten und zur Erhaltung seiner Arbeitskraft ausreicht. Das Lohnamt kann auch eine Teuerungszulage festsetzen und dabei die Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigen. Ueber die Lohnämter ist als höhere Instanz ein Handelslohnrat eingesetzt, der die Entscheidung der Lohnämter überprüft.

Amerikanische Kohlenbestellungen in England. Der Vertreter eines der größten Bergwerke Großbritanniens teilt mit, daß in Großbritannien von amerikanischer Seite Bestellungen auf rund 700.000 Tonnen Kohle für Mitte September gemacht worden sind.

Die größten Konsumvereine in der Tschechoslowakei. Nach der Anzahl der Mitglieder folgen die einzelnen Konsumvereine in der Tschechoslowakei in nachstehender Reihenfolge aufeinander: Der Konsumverein Mährisch-Odrau 62.799, Brünn 38.767, Prag 26.648, Pilsen 23.898, Eisenbahnkonsumverein Prag 13.312, Litohlava 12.491, Prohnik 11.297.

Die größten Konsumvereine der Welt sind nach einer Aufstellung des „Družstevník“, des Organes des Zentralverbandes der tschechischen Genossenschaften, nach der Anzahl der Mitglieder die folgenden: Konsumgenossenschaft Wien mit 152.513, Berlin 125.622, Hamburg 125.077, Breslau 104.087, Wien (1. Wiener Konsumverein) 98.087, Leeds 92.616, Woolwich 92.413, Dresden 80.920, Leipzig 73.931, Paris 70.881.

Kurze der Wäutien.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1694, 100 Mark 8.35, 100 Schweiz. Franken 822, 100 Ukr. 196.25, 100 franz. Franken 356.50, 1 Pfund Sterling 192 1/2, 1 Dollar 43.50, 100 belg. Franken 339, 100 Tinar 54.75, 100 österr. Kronen 0.18, 100 polnische Mark 0.79, 100 ung. Kronen 2.70.

Jüricher Kurse. Berlin 0.97 1/2, Wien 0.01 1/2, Prag 11.95, Holland 204.25, New York 5.26, London 23.41, Paris 43.65, Mailand 24.15, Budapest 0.34, Kgram 1.60, Warschau 0.08 1/2, Wien gest. 0.02.

Literatur.

Sozialwissenschaftliche Literatur. Seit Januar 1922 erscheint unter dem neuen Namen „Sozialwissenschaftliches Literaturblatt“ wieder die Bibliographie der Sozialwissenschaften, im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums herausgegeben von Dr. Franz Böse. Die nicht erschienenen Jahrgänge 1919-1921, für die das gesammelte Material bereits vorliegt, werden nachträglich herausgegeben. Vom Jahrgang 1921 an wird die Bibliographie wesentlich erweitert werden, was schon in ihrem neuen Namen zum Ausdruck kommt. Danach wird sie nicht nur wie bisher eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen auf sozialpolitischem, wirtschaftlichem, gesellschaftswissenschaftlichem und politischem Gebiet sein, sondern es wird auch eine kurze Charakteristik der wichtigsten Neuererscheinungen aus der Feder hervorragender Fachleute erfolgen. Bisher sind die Monatshefte vom Jänner bis April 1922 erschienen. Das Mai-Juni-Heft wird demnächst herauskommen. Vom Jahrgang 1919 ist die erste Lieferung erschienen. Verleger ist Hans Robert Engelmann, Berlin.

Turnen und Sport.

Ungarische Mannschaften im Norden. Sonntag besiegte MTK. Budapest den SK. Aarhus in Dänemark überlegen 5-0. Das Revanchespiel wurde Mittwoch ausgetragen. MTK. trat ohne Orth an und führte ein Exhibitionsspiel vor. Es siegte 3-1. Die Torhüter waren Siklosy (2) und Molnar. Sonntag spielt MTK. in Kopenhagen gegen Boldklubben 1893. — FC. spielte Sonntag gegen eine Stockholmer Auswahlmannschaft 1-1 und konnte auch Mittwoch das Revanchespiel 2-2 unentschieden halten, trotzdem Patoky diesmal nicht mitspielte. Die Tore schossen Obis und Meyer. Das weitere Programm des FC. sieht folgende Spiele vor: Kameraterno-Göteborg, Dergryte-Göteborg und Galsch-Göteborg.

Der belgische Grand Prix der Rotorräder. Die englischen Rotorradfahrer, die erst kürzlich im französischen Grand Prix zwei der drei Kategorien gewinnen konnten, siegten im belgischen Grand Prix, der am 23. d. zur Entscheidung gelangte, auf der ganzen Linie. Die Rennstrecke bei Francorchamps hatte eine Länge von 15 Kilometer; sie war in der schwächsten

Kategorie 20mal (300 Kilometer), in der mittleren Kategorie 24mal (360 Kilometer), in der stärksten Kategorie 28mal (420 Kilometer) zurückzulegen. Das Rennen fand bei strömendem Regen statt, was die Leistungen beeinträchtigte. Davison (Levis), der seine Kategorie im französischen Grand Prix der Rotorräder gewann, siegte auch hier in der gleichen Kategorie, und zwar in der Zeit von 4 Stunden 18 Minuten 43 Sekunden (Durchschnitt 69 Kilometer 552 Meter pro Stunde). Die Kategorie der Rotorräder bis 350 Kubikzentimeter gewann Remington (Rush) in 5:23:18, Durchschnitt 66 Kilometer 816 Meter. Die beste Zeit des Tages fuhr Jackson auf Sunbeam, welche Marke auch die gleiche Kategorie im französischen Grand Prix gewann. Seine Fahrzeit betrug 5 Stunden 15 Minuten 42 Sekunden, was einem Durchschnitt von 79 Kilometern 810 Metern entspricht. Auch auf den zweiten und dritten Platz kamen englische Marken, nämlich ein Triumph und ein Norton.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)



GEBEN SIE STETS

ELIDA Shaving - Stick

der unvergleichlich guten Stangenrasierseife

den Vorzug.



Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Královská tr. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeekekarnellen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Konsumvereinen erhältlich.

SPECK
gesalzen à Kó 1.— } in ganzen Seiten, bei Ab-
gesalzt à Kó 20.— } nahme von 50 kg aufwärts,
ausgelassene Hausfette in Fässern ca. 200 kg à Kó
21.— ab Lager Brünn, verkauft
Mährischer Verband für Vieh- und
Fleischverkehr Brünn, Kapuzinerpl.
Telegr.-Adresse: „Moravosavaz“. 1973

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag Mysocan

Leonhardi's Tinten
Man schütze sich vor Nachahmungen!
flüss. Tuschen
flüss. Gummi
Stempelpressen
Stempelfarben
Rektografenmasse
Rektografenblätter, Siegellacke
sind doch die besten!
Aug. Leonhardi
Bodenbach a. E.
Chemische Fabriken in Bodenbach.
— Gründungsjahr 1823 —
Altherwürdige Rezepte, die Summe hundertjähriger Erfahrungen, begründen u. bewahren den Welt-
ruf der Firma Leonhardi.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE
balm Museums, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
Telephon 4854. 478

Gramophone
IMPORT COMPANY, Brünn.
Freiheitsplatz 6.
Preislisten nach Angabe des
erwünschten Instrumente
gratis. 472
gegen 10 Ké auf Raten
liefern wir:
a) Gramophone, Platten etc
b) Violinen, Mandolinen, Gui-
taren, sowie auch alle an-
deren Musikinstrumente. —
c) Holz- u. Blech-Blasinstru-
mente. — d) Mund- u. Zieh-
harmonikas. — e) Photo-
graph. Apparate und deren
Zubehör.

Bibliotheken
für Organisationen,
Bereine, Gemeinden,
Gewerkschaften, Schulen
usw. werden zweckent-
sprechend zusammenge-
stellt, sowie ergänzt,
von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Saponia
ist die vollkommenste Waschseife,
schäumt leicht, wäscht vorzüglich und
schont die Wäsche!

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.